

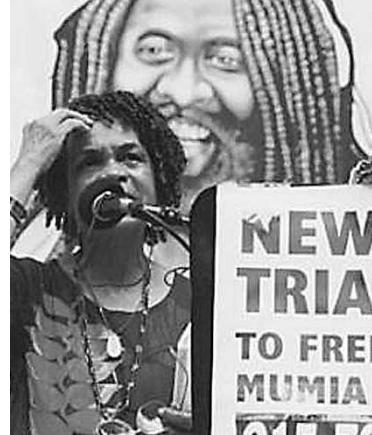
Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Rot-grün macht mobil – Angriffskrieg auf dem Balkan? S. 4

Köln. 200 Demonstranten kamen zu Kardinal Meisners Soldatengottesdienst in Köln S.12



Bundesweite Demonstration: Freiheit für Mumia Abu-Jamal 20. 2, Hamburg, 12 Uhr ab Bahnhof Sternschanz



Totale Kriegsdienstverweigerung Staat antwortet mit wachsender Repression S. 13



Kiel: Nazis mußten Aufmarsch abbrechen S. 14



Ende der Bescheidenheit S. 19



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Kindergeld oder Freibeträge?	3
Rot-grün macht mobil: Angriffs- krieg auf dem Balkan?	4
Protest gegen neue Rep-Zentrale ..	5
Vor der Hessenwahl	5
Polen: Zwangsarbeiterinnen fordern Entschädigung	6
27 Jahre Radikalerlaß und kein Ende	6
Streit um Trittins Atomnovelle ...	7

Auslandsberichterstattung

USA: Million-for-Mumia-Märsche	8
Frankreich: Eine zweite neo- faschistische Partei	9
Grenada: Hoher Sieg des Premier	10
Angola: Neue Runde im Krieg ...	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Hamburg: Totale Kriegsdienstver- weigerung	13
Köln: Wanderkirchenasyl: Wie geht es weiter?	14
Mannheim: Börsengang der Versorgungsbetriebe	14
Kiel: Nazis mußten Aufmarsch abbrechen	15
Berlin: Demo gegen CDU-Hetz- kampagne	16
Leipzig: Ehrung für van d. Lubbe	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
ÖTV: Der Leere-Kassen-Blues mit rot-grüner Melodie	19
Metall: Schluß mit lustig	19
Krankenhausarbeitgeber fordern Verslechterungen	19
Ausbildung in der Altenpflege ...	20
Siemens stößt auf Widerstand ...	20
Audi: Neues Flexi-Konzept	21
Berlin: Nahverkehr ist öffentliche Aufgabe	21

Diskussion und Dokumentation

Betrifft: Integration	22
Kurdistan und die Linke in der BRD – eine Kontroverse	23

Letzte Seiten

Bundestag-Gedenkstunde: grenzt an eine Verhöhnung der Opfer	27
--	----

Termine	28
----------------------	----

AKTUELL IN BONN ZUM BUND? „Die Bundeswehr beteiligt sich an der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“. So verkündeten die SPD-Minister Riester (Arbeit) und Scharping (Verteidigung) am 27. Januar auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn. Zwei sozialdemokratische Minister, bemüht, die abstoßenden Traditionen des deutschen Militarismus am Leben zu halten und weiter zu festigen. „Arbeitslos? Nichts los auf dem Dorf? Geh zur Armee! Da kannst du lernen, wie man Menschen tötet. Rüstung schafft Arbeitsplätze!“ So kümmern sich heutzutage sozialdemokratische Minister um junge Menschen. „Arbeitslose Wehrpflichtige können nach dem Ende ihres Grundwehrdienstes bei einer Verlängerung der Dienstzeit bis zu zwölf Monate eine zivilberufliche Ausbildung erhalten“, haben die beiden Minister verkündet. Ein feiner Dreh, der sicher auch die Bundeswehr gegen Forderungen nach Verkleinerung schützen soll. Warum nicht gleich alle jungen Leute dienstverpflichten? Das beseitigt die Jugendarbeitslosigkeit sicher! Nur: hatten wir das nicht schon mal?

PRIVAT STEUERFREI: In einem frühen Stadium der Diskussionen um eine Vereinfachung des Steuersystems und der Abschaffung von Steuervorteilen – vor allem für Leute mit besseren Einkommen – haben die Grünen darauf geachtet, ihr Klientel schadenfrei zu halten. „Für den Besuch von Privatschulen kann das Schulgeld nach Auskunft der Grünen weiterhin von der Steuer abgesetzt werden“, verkündete der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Matthias Berninger. Bei einem Koalitionsgespräch habe man sich darauf geeinigt, die ursprünglich von Lafontaine geplante Streichung dieses Freibetrags nun nicht vorzunehmen. Damit können nicht nur Waldorfschulen, sondern auch christliche Privatschulen und die nicht wenigen Eliteschulen der Reichen weiterhin steuerbegünstigt weiterwirken. Je höher die Elterneinkommen, je höher das Schulgeld, das für den Besuch der Schule erhoben wird, um so größer das Steuerprivileg, das Eltern und Sprößling so bleibt.

GLEICHES PFLEGEgeld: Das Bundessozialgericht in Kassel hat deutsche Unfallversicherungsträger verdonnert, auch bei Zahlungen ins Ausland das Pflegegeld nicht zu kürzen. Ein spanischer Arbeiter, dem bei einem Arbeitsunfall 1990 beide Hände und Unterarme zerquetscht worden waren, hatte eine Verletztenrente und Pflegegeld zugesprochen bekommen. Als er im Juli 1994 nach Spanien zurückkehrte, wollte die Berufsgenossenschaft beides kürzen – wegen angeblich geringerer Lebenshaltungskosten in Spanien. Noch immer gilt diese Regelung bei Kindergeldzahlungen für die Kinder von in die BRD gekommenen Elternteilen, die noch im Ausland leben. Hinter-

grund des Kasseler Sozialgerichtsurteils dürfte aber weniger ein Schwenk in den sozialpolitischen Anschauungen deutscher Gerichte sein als die Tatsache, daß auch viele Deutsche in den letzten Jahren in andere, vor allem südlichere EU-Länder gezogen sind und da z.B. ihre Rente, Pflegegeld usw. natürlich ungekürzt beziehen wollen.

MEHR BILLIGJOBS: Bundesfinanzminister Lafontaine hat in seinem Ende Januar vorgelegten Jahreswirtschaft angekündigt, die „Reform“ bei den 630-DM-Jobs um weitere „Reformen“ bei den darüber liegenden niedrigen Einkommen zu ergänzen. Wie diese Änderungen aussehen sollen, ließ der Minister offen. Einen Tag vorher hatte Handwerkspräsident Dieter Phillip vorgeschlagen, „ein neues, kleines Beschäftigungsverhältnis bis 1.000 DM zu schaffen und die Übergänge zu Teilzeit und Vollzeit fließend zu gestalten. Der Sozialverband VdK hatte ein „Stufenmodell“ vorgeschlagen, bei dem Jobs bis 300 DM pauschalsteuerepflichtig, aber sozialversicherungsfrei sein sollten. Von 301 bis 630 DM sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer hälftig Beiträge zur Versicherung zahlen, die auch Versicherungsansprüche sichern. Der DAG-Sozialexperte Lutz Freitag hatte einen alten CDU-Vorschlag wieder aufgewärmt: Senkung der Geringfügigkeitsgrenze auf 300 DM, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erst ab 800 DM. Die alte Kapitalistenforderung, daß mehr Beschäftigung nur im Niedrigstlohnbereich möglich sei, also nur bei Jobs, von denen keiner leben kann, drängt sich auch bei den Überlegungen von Rot-grün offenbar immer mehr in den Vordergrund.

EU-MILITARISIERUNG: Außenminister Fischer hat einige Pläne der Regierung für die EU-Reform vorgelegt. Dazu gehört die Absicht, „der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität neue Dynamik“ zu geben. Hinter dieser dynamischen Floskel verbirgt sich die leicht erkennbare Bonner Absicht, nun auch militärpolitisch in der EU das Heft des Handelns in deutsche Hand zu legen. Der im Juni zu ernennende außenpolitische Sprecher der EU, bisher als „Mister WASP“ gehandelt, soll auch Generalsekretär der WEU werden. Unterstützung für diesen Plan erhielt Fischer von Österreichs christdemokratischem Außenminister Schüssel, der sich davon mehr militärischen Druck für die deutsch-österreichische Politik auf dem Balkan erhofft. Noch besser, so Schüssel, wäre, die EU gleich mit der WEU zu verschmelzen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag tritt erst wieder am 22. Februar zusammen. Am 26.2. berät eine Sondertagung der EU-Regierungschefs auf dem Bonner Petersberg über die „Agenda 2000“ der EU. Am 24./25.3. sollen diese Beratungen dann mit einem EU-Sondergipfel in Berlin abgeschlossen werden.

Kindergeld oder Steuerfreibeträge: Bleibt's bei der Kohlschen Politik?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung der Kinderbetreuung ist in sich widersprüchlich. Die Verfassungsrichter fordern, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Bei Personen, die Kinder haben, gehöre dazu auch ein gewisser Aufwand für deren Betreuung. Dieser Betreuungsaufwand sei, und da kritisiert das Gericht die existierende Gesetzgebung, bei allen Erziehungsverantwortlichen anzunehmen und nicht nur, wie das bisher der Fall ist, bei Alleinerziehenden. Entsprechend (früherer) konservativer Familienideologie sollte bei Familien mit Vater und Mutter die Frau den Aufwand zur Betreuung übernehmen, was steuerlich bereits im Familiensplitting berücksichtigt sei. Das Gericht akzeptierte damit gesellschaftliche Entwicklungen: die Familien sollten selbst entscheiden, wie sie die Betreuung gestalten.

Das Gericht hat sich sogar dezidiert dazu geäußert, wie hoch der „nötigste“ Betreuungsaufwand anzusetzen sei; nämlich mit 4000 DM/Jahr fürs erste Kind und 2000 DM jeweils für jedes weitere Kind. Um soviel sollen die Freibeträge bei der Steuer steigen, falls die Regierung bis zum Jahr 2000 keine Gesetz erläßt. Damit sei dann dem Grundsatz der Berücksichtigung der „Leistungsfähigkeit“ bei der Steuerzahlung Genüge getan.

Verschiedene Stellen haben (leicht voneinander abweichende) Berechnungen veröffentlicht, wie diese „Freistel-

lung des Existenzminimums“ per Freibetrag wirken würde, wir geben die Zahlen der „*Stuttgarter Nachrichten*“ wieder:

Jahres-einkommen	Kinder	Steuer-entlastung	pro Kind/im Monat
50.000 DM	1	1040,64 DM	86 DM
60.000 DM	2	1789,34 DM	75 DM
70.000 DM	2	2482,97 DM	103 DM
100.000 DM	2	2167,90 DM	90 DM
400.000 DM	2	3604,46 DM	150 DM

Hier wird die Widersprüchlichkeit der Entscheidung deutlich: Obwohl das Gericht in seiner Begründung vom Existenzminimum ausgeht, das nicht besteuert werden darf, wäre das Ergebnis eine nach Einkommenshöhe gestaffelte Entlastung. Die Kinder von den Leuten, die's eigentlich nicht nötig hätten, erhalten einen satten Zuschuß zu Ausbildung und Betreuung, während bei denen, die geringe Einkommen haben, die Entlastung kaum reicht, das Minimum abzudecken. Dazu kommt noch, daß all diejenigen, die nur geringste oder gar keine Einkommen haben, gar nichts von einer Erhöhung der Steuerfreibeträge haben. Sie zahlen keine Lohn- oder Einkommensteuer. Und obwohl auch hier der Aufwand für Kinderbetreuung anfällt und in krassestem Mißverhältnis zur Leistungsfähigkeit der Erziehenden steht, gehen sie leer aus.

Dieses Mißverhältnis ist ein Nachlaß jahrelanger Kohlscher Gesetzgebung. Die Regierung Kohl hatte mehrfach an-

statt das Kindergeld an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen und die gestiegenen Kosten für Kinderbetreuung anzupassen die Kinderfreibeträge im Einkommenssteuergesetz erhöht.

Kurz blitzte in dem Hin und Her der Diskussion, wie das Urteil des Verfassungsgerichts umzusetzen sei, woher die geschätzten 22 Mrd. DM, die das kosten soll, herkommen sollen, ein Vorschlag auf, statt die Freibeträge zu erhöhen, das Kindergeld nochmals zu erhöhen. Kanzler Schröder hatte diesen Vorschlag gemacht, Finanzminister Lafontaine hat ihn allerdings rasch zurückgewiesen.

Der Vorschlag könnte aber weiterverfolgt werden, das Gericht läßt ausdrücklich diesen Weg offen. Wir zitieren:

„Bei der Neuregelung der einkommenssteuerlichen Verschonung des Betreuungsbedarfs wird der Gesetzgeber daher eine gleiche betreuungsbedingte Minderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit bei allen Eltern – unabhängig von der Art der Betreuung und von konkreten Aufwendungen – zu berücksichtigen und dementsprechend den Kinderfreibetrag oder das Kindergeld zu erhöhen haben.“

Eine kleine Rechnung zeigt, welchen Unterschied die Erhöhung des Kindergeldes statt des Kinderfreibetrags bringen würde. 1998 haben 10,8 Millionen Haushalte mit 18 Millionen Kindern insgesamt 49,68 Milliarden DM Kindergeld erhalten (eine Differenzierung nach erstem Kind und weiteren liegt nicht vor).

Die PDS zum Urteil

In der **Aktuellen Stunde des Bundestags am 22.1.** äußerte sich **Barbara Höll, PDS-MdB:**

Kinder und Jugendliche sind in der Bundesrepublik zu einem Armutsrisiko geworden. 3 Millionen Menschen leben von Sozialhilfe, davon sind rd. ein Drittel – 1 Million – Kinder und Jugendliche. In den letzten Jahren ist es leider nicht gelungen, die gesetzliche Stellung von Kindern als Grundrechtsträgern und eigenständigen Rechtspersonlichkeiten fester zu verankern. Wir haben dazu Gesetzentwürfe bereits in den letzten zwei Legislaturperioden eingebracht. (...)

Das Urteil enthält in mehrerlei Beziehung sehr interessante Aussagen. Als erstes zur Frage der Kinderbetreuungskosten: Es ist klargestellt, daß die Betreuung von Kindern über den existentiellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf hinaus prinzipiell eine Minderung der steuerlichen

Leistungsfähigkeit der Eltern verursacht. Damit hat das Bundesverfassungsgericht einen wesentlichen Denkschritt vollzogen.

Inzwischen wird die Betreuung von Kindern nicht mehr ausschließlich in Abhängigkeit von der Berufstätigkeit gesehen. Das heißt, auch die Damen und Herren im Bundesverfassungsgericht haben die Änderung in der Realität zur Kenntnis genommen; denn es ist nicht mehr so, daß in einer intakten Familie einer, meistens der Vater, arbeitet und die Mutter zu Hause ist, um die Kinder zu betreuen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Rechtsprechung. (...)

Wir sind deshalb an einem Punkt, wo wir uns als Politikerinnen und Politiker endlich der Frage stellen müssen, ob das Einkommensteuerrecht strukturell überhaupt in der Lage ist, die Prinzipien der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten, und ob es möglich ist, auf diese Art und Weise das Leben

mit Kindern zu erleichtern. Es ist nicht so. Wir wissen, daß die Frage der Individualbesteuerung nun wirklich mit voller Kraft auf der Tagesordnung steht.

Die Individualbesteuerung ermöglicht dann auch, einen ganz wesentlichen Schritt nach vorn zu tun auf der Grundlage der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Kindern. Das ist eine positive Anerkennung des Lebens mit Kindern. Alle Änderungen der letzten Jahre bezüglich des Haushaltsfreibetrags und der Erhöhung des Kindergeldes hatten genau für die 1 Million Kinder und Jugendlichen, die von Sozialhilfe leben und die ich am Anfang meiner Rede erwähnte, keine Auswirkungen; denn die Sozialhilfe wird immer mit dem Kindergeld gegengerechnet. Lassen Sie uns hier einen richtigen Schritt vorwärts tun! Gehen wir gemeinsam zur Individualbesteuerung über, bei einem Kindergeld, das wirklich die Existenz von Kindern sichert! Das wäre ein konsequenter Schritt.

➔ Würden nun diesen 18 Millionen Kindern im Schnitt 100 Mark monatlich mehr, jährlich also 1.200 DM, Kindergeld bezahlt, wären das für die niedrigen Einkommen immer noch mehr, als ein erhöhter Freibetrag brächte (siehe Tabelle), in der Gesamtsumme aber nicht mehr als die ins Gespräch gebrachten 22 Mrd. DM.

Die sozialen Folgen wären allerdings enorm. Die Regierung würde tatsächlich eine Kurskorrektur in der Steuer- und Sozialpolitik einleiten. Statt immer größerer sozialer Differenzierung würde Unterschiede, die aus der Entlohnungshierarchie herkommen, etwas nivelliert.

Es würde dafür nicht einmal allzuviel gesetzgeberischer Mut brauchen. Eine Kollision mit dem Bundesverfassungsgericht wäre kaum zu befürchten, da die geforderte Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit bei allen Eltern gegeben wäre. Eine Kollision mit empörten Betroffenen wäre auch kaum zu befürchten, denn die Trennungslinie wäre einfach die zwischen Wenigverdienenden und Bestverdienenden. Allerdings bedarf es vermutlich eines gewissen öffentlichen Drucks. Denn sonst werden am Ende die Freibeträge erhöht und mit ihnen die sozialen Unterschiede bei den Kindern noch weiter vergrößert, mit allen unschönen Folgen. Eine Aufgabe für Gewerkschaften, Initiativen und auch die PDS. Denn auch die gesetzgeberischen Details wären noch auszufeilen: Wieviel Erhöhung soll es beim ersten Kind geben, wieviel bei den weiteren? Und unbedingt müßte dazu gehören ein Verbot, das Kindergeld auf Sozialhilfe anzurechnen. *alk*

Sozialhilfeinitiativen: Kindergeld nicht anrechnen!

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen erklärte am 27. Januar: „Das Bundesverfassungsgericht hat erneut eine Besserstellung der Familien mit Kindern eingefordert. Die Bundesregierung diskutiert zur Zeit, ob sie den Auflagen des Gerichts in Form einer Erhöhung der Steuerfreibeträge oder einer weiteren Kindergelderhöhung nachkommen will. Eine Erhöhung der Steuerfreibeträge für Kinder begünstigt die höheren Einkommen, eine Kindergelderhöhung würde die finanzielle Verbesserung egalitärer und fairer für die NiedriglöhnerInnen gestalten. Das Kindergeld wird in voller Höhe auf die Sozialhilfe angerechnet ... Es muß ein Modus gefunden werden, wie dies und mögliche zukünftige Kindergelderhöhungen auch den Kindern in der Sozialhilfe zu Gute kommen. Die Regierung und auch die öffentliche Meinung sollten aufhören, Krokodilstränen über die stetig steigende Kinderarmut in der Bundesrepublik zu vergießen und endlich etwas tun, wovon die „wirklich Bedürftigen“, die sie immer mit drohendem Unterton beschwören, etwas haben. Eine Million arme Kinder im Sozialhilfebezug wollen jetzt mehr Geld statt feuilletonistisches Geschwätz!

Rot-grün macht mobil

Angriffskrieg auf dem Balkan?

Von Heidi Lippmann-Kasten

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland plant die Bundesregierung die deutsche Beteiligung an einem Angriffskrieg.

Nachdem man sich seit der Aufhebung des Autonomiestatus der Provinz Kosovo im Jahre 1990 in den vergangenen Jahren darauf beschränkte, die Kosovo-Politik lediglich aus innenpolitischer Sicht zu betrachten, d.h. Flüchtlinge in die Bundesrepublik Jugoslawien und somit in den Kosovo zurückzuschieben, ist heute eine breite Zustimmung für Bombardierungen aus der Luft und für kriegerische Angriffe auf dem Landwege zu erwarten. Dabei geht es nicht nur um die Frage einer wie auch immer gearteten Autonomie für den Kosovo, sondern auch um die Frage der albanischen Ethnie in der gesamten Region.

Zu erwarten ist eine Ausweitung eines möglichen Kriegseinsatzes auch auf Nordalbanien und Makedonien, wo die albanische Minderheit seit Beginn der 90er Jahre für ihre Gleichstellung mit der makedonischen Mehrheit kämpft und radikale Kräfte ihren Traum von einem Großalbanien noch nicht aufgegeben haben. Nordalbanien wird zwangsläufig mit in den Krieg einbezogen, um den Nachschub der UCK über die schwer zu kontrollierende Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo zu verhindern. Dazu sollen internationale Truppen entsandt werden und in albanischen Häfen und Flughäfen Gewehre und Granaten aufgespürt und ihr Weitertransport verhindert werden.

Während bei einem Luftangriff militärische Stellungen der Serben noch am ehesten ausgemacht werden können, wird die Drohung gegenüber der UCK, notfalls zu bombardieren, aus den Kreisen der OSZE-Überwacher im Kosovo als nahezu sinnlos bezeichnet, da es sich bei der UCK um eine Guerillatruppe handelt, die weder über Kasernen, noch über Militärbasen oder sonstige Stützpunkte verfüge, sondern inmitten der Bevölkerung lebe und somit jedes Bodenloch angegriffen werden müsse.

Während französische Militärexperten von 100.000 Soldaten unter NATO-Mandat sprechen, kursieren Zahlen, in denen von 3.000 bis 10.000 deutschen Soldaten die Rede ist. Ob zum Zweck der Friedenssicherung unter einem in diesem Fall NATO-Protoktorat oder zur Friedenserzwingung wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Nach wie vor gibt es kein Votum des Sicherheitsrates, so daß es sich weiterhin um eine Selbstmandatierung der NATO handelt.

Auch wenn sich wider Erwarten sowohl die Milosevic-Regierung als auch die UCK an das Ultimatum halten sollten, wird es in jedem Fall zu einem Militäreinsatz kommen, um mögliche Verhandlungsergebnisse durch militärische Kontrolle sicherzustellen. Die Pläne, das Gebiet des Kosovo gegen die Republik Jugoslawien hermetisch abzuriegeln und die Grenzen für mindestens drei Jahre zu schützen, sind fertig ausgearbeitet.

Die deutsche Beteiligung – 100 Tage rot-grüner Außen- und Sicherheitspolitik

Während die alte Bundesregierung sich strikt geweigert hatte, ständig Bodentruppen auf dem Balkan in akuten Krisengebieten zu stationieren, weil sie nach Ansicht des früheren Verteidigungsministers Volker Rühle selbst zum Problem würden, und SPD und Grüne noch vor zwei Jahren jede militärische Beteiligung Deutschlands an internationalen Friedenseinsätzen abgelehnt hatten, gibt es heute kaum noch Bedenken.

Bereits vor der Konstituierung des neugewählten Bundestages stimmte neben CDU/CSU und FDP am 16.10.98 die überwiegende Mehrheit von SPD und Grünen einer Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen eines NATO-Luftangriffs zu. Noch größer war die Zustimmung für die Luftüberwachung über der Bundesrepublik Jugoslawien und die Stationierung der sog. „extraction force“ in Mazedonien, die im Notfall mit Waffengewalt die OSZE-Verifikateure aus dem Kosovo herausholen sollen.

Die im Koalitionsvertrag erklärte Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik führte dazu, daß in den vergangenen 100 Tagen der rot-grünen Regierung nahezu alle Beschlüsse im Verteidigungsausschuß bis auf die Stimmen der PDS mit einer nahezu absoluten Mehrheit gefaßt wurden, unabhängig davon, ob es um Out-of-area-Einsätze ging oder um die Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsprogrammen, wie erst in der vergangenen Woche.

Die Debatte im Verteidigungsausschuß zur Stationierung von Bodentruppen ließ zwar auch einzelne kritische Stimmen über den Vorstoß des Kanzlers laut werden, doch hierbei ging es eher um die Befürchtung, daß deutsche Soldaten unter dem Befehl von Scharping auf dem Balkan sterben könnten, als um grundsätzliche Fragen. Von daher ist davon auszugehen, daß es auch für einen Beschluß des Bundestages eine überragende Mehrheit geben wird.

Deutsche Waffen, deutsches Geld, deutsche Soldaten ...

Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen



Protest gegen neue „Republikaner“-Zentrale in Berlin

Etwa 1.000 Menschen beteiligten sich am 27. Januar an einer Lichterkette im Berliner Stadtteil Pankow. Mit der Aktion sollte der Opfer des Nationalsozialismus gedacht werden und zugleich gegen die neue Parteizentrale protestiert werden, die der Bundesverband und der Berliner Landesverband der „Republikaner“ auf dem ehemaligen Gelände des jüdischen Zigarettenfabrikanten Josef Garbaty in Pankow errichten wollen. Aufgerufen zu der Protestaktion hatte insbesondere ein Pankower Schülerbündnis, dem sich unter anderem der Bund der Antifaschisten, der Friedenskreis Pankow, PDS, SPD und Grüne angeschlossen hatten.

für eine Stationierung deutscher Truppen auf Hochtouren und gehen über den im Grundgesetz verankerten Auftrag der Bundeswehr für den Verteidigungsfall weit hinaus. Im Angriffsfall werden auch die speziell ausgebildeten KSK (Krisen-Sonderkommandos) und die Gebirgsjäger zum Einsatz kommen. Den Aussagen des Kanzlers zufolge dürfe die Bundesrepublik nicht länger eine Sonderrolle innerhalb der NATO einnehmen, und da der Bundestag bereits beschlossen hätte, sich an einem NATO-Luftangriff zu beteiligen, sei es selbstverständlich, auch Bodentruppen zu entsenden,

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Doch unabhängig davon, wie eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr auf dem Balkan aussehen wird, sie wird ohne Zustimmung der PDS gefällt werden. Die PDS-Bundestagsfraktion bleibt dabei: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aus der Geschichte Deutschlands, aus seiner geographischen Lage und seinen Potenzen erwächst eine besondere Friedensverantwortung, erwächst Friedenspflicht, insbesondere auch auf dem Balkan.

In den vergangenen acht Jahren hat die Politik der alten Bundesregierung dazu beigetragen, daß der gewaltlose Widerstand der Kosovo-Albaner im Kampf um Autonomie nicht gewürdigt wurde. Nachdem bereits versäumt wurde, im Abkommen von Dayton die besondere Si-

tuation im Kosovo zu berücksichtigen, ging Außenminister Kinkel 1996 soweit, mit Milosevic ein Abkommen über die „Rückführung“ der Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Jugoslawien abzuschließen, das auch serbische Deserteure und kosovo-albanische Flüchtlinge einschloß. Und auch nach Beginn der Kämpfe zwischen UCK und den Milosevic-Truppen wurden von der internationalen Staatengemeinschaft nicht alle politischen und diplomatischen Mittel ausgenutzt, um zu einer Friedenslösung zu kommen. Diesen Frieden jetzt mit Tornados und Kampfpanzern erzwingen zu wollen, darf nicht die Politik der neuen deutschen Mitte sein.

- Gerade die Geschichte Deutschlands auf dem Balkan verpflichtet die Bundesrepublik zu größter Zurückhaltung. Gerade sie ist verpflichtet, die besondere historische Friedenspflicht durch Verzicht auf Gewalt und Gewaltandrohung bei der Lösung von Konflikten zu wahren.
- Die NATO darf sich nicht erneut selbst mandatieren. Statt einem Ausbau der militärischen Dominanz und der Rolle der Weltpolizei von NATO und WEU ist die Stärkung der zivilorientierten Rechte von UNO und OSZE als Bestandteil einer veränderten Friedens- und Sicherheitspolitik dringend erforderlich. Die PDS fordert die sofortige Einberufung des UN-Sicherheitsrates mit der Option, einen Friedensvertrag ohne militärische Mittel zu erzwingen.

- Die PDS fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft weiterhin für Friedensgespräche einzusetzen. Ein sozialdemokratischer Kanzler in einer rot-grünen Regierung darf nicht den Anspruch haben, unter Verletzung des Verfassungsrechts und Völkerrechts als Kanzler der militärischen Angriffe in die Geschichte einzugehen. (2.2.99)

Heidi Lippmann-Kasten, Abrüstungspolitische Sprecherin der PDS im Bundestag.

Landtagswahlkampf in Hessen

Die Union konnte einige Themen vorgeben

Die eine Woche vor den hessischen Landtagswahlen von der „Forschungsgruppe Wahlen“ durchgeführte Umfrage ergab eine Mehrheit für die amtierende rot-grüne Landesregierung von 50,5%. CDU und FDP erhielten danach zusammen 44,5%. Mit 5,5% wäre auch die FDP wieder im Landtag vertreten.

Die Union hat mit ihrer ausländerfeindlichen Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, mit der in Hessen eine Woche früher begonnen wurde als im Bundesgebiet, ein Thema des Wahlkampfes wesentlich bestimmt. Die Sozialdemokraten reagierten auf diese Kampagne in der Sache ausgesprochen defensiv. In einem Flugblatt des Landesvorstandes beispielsweise, das für eine „erleichterte Einbürgerung“ argumentiert, ist davon die Rede, daß „die deutsche Staatsbürgerschaft weiter an hohe Hürden geknüpft sei“ und „die Zuwanderung nach Deutschland nicht zunehmen werde“ usw.

Ob die Kampagne völkischen und rassistischen Auffassungen Raum schafft, der Union Stimmen bringt oder den faschistischen und nationalistischen Parteien Stimmen abjagt, ist nicht sicher. Rechtsaußen kandidieren neben den Republikanern die NPD und der Bund Freier Bürger. Einer Meinungsumfrage der „Forschungsgruppe Wahlen“ zufolge, die im Auftrag von ZDF und FAZ durchgeführt und letzten Sonntag veröffentlicht wurde, würden 61% der wahlberechtigten Hessen eine doppelte Staatsbürgerschaft ablehnen. Den Vorwurf, die Unterschriftensammlung sei ausländerfeindlich, halten danach 72% für nicht gerechtfertigt. Zu diesem Meinungsbild hat wahrscheinlich auch beigetragen, daß die hessische Landesregierung die Flüchtlingspolitik der Kohl-Regierung weitgehend mitgetragen und z.B. das Flughafenverfahren für Asylbewerber nahezu widerspruchsfrei umgesetzt hat.

Auch auf anderen Gebieten hat die Union versucht, mit ausgesprochen rechter Wahlpropaganda Einfluß zu nehmen. So wurde z.B. landesweit ein Plakat mit dem Konterfei des neuen Landesvorsitzenden Koch verklebt mit der Losung

„Hart durchgreifen, damit Sie sich sicher fühlen“.

Eine gewichtige Rolle hat im Landtagswahlkampf die Unionskampagne „Unterrichtsgarantie für Hessens Schüler“ gespielt. Die Unzufriedenheit mit der Schulpolitik der Landesregierung ist – aus unterschiedlichen Gründen – in den Lagern aller Parteien groß. Die Union hat hier zusammen mit der FDP versucht, den hohen Unterrichtsausfall auszuschlachten für eine Kampagne für „die Abschaffung ideologischer und personalintensiver Sonderprogramme“. Unter dem Motto „Pflicht geht vor Kür“ wurde hier z.B. die Einschränkung muttersprachlichen Unterrichts und der Betreuungsprogramme in Grundschulen gefordert. Propagiert wurde auch ein wesentlich ausgeweitetes Selektionssystem von neuen Tests und Noten, damit „hessische Schüler den Vergleich untereinander und mit anderen Ländern nicht scheuen müssen“.

Die Diskussion um den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens wollten SPD, CDU und FDP zwar gerne aus dem Landtagswahlkampf heraushalten. Klar ist aber, daß über eine mögliche neue Startbahn im Stadtwald ebenfalls am 7. Februar mitentschieden wird. Nachdem der Vorstand der Flughafen AG und regionale Wirtschaftskreise den Ausbau seit rund eineinhalb Jahren massiv fordern und die „Zukunftsfähigkeit der Region“ bedroht sehen, wenn die zusätzliche Landebahn nicht gebaut wird, wurden in vielen Gemeinden des Rhein-Gebiets Bürgerinitiativen gegründet bzw. reaktiviert, die versuchen, am Widerstand gegen die Startbahn West vor 20 Jahren anzuknüpfen. Im Landtag wird die Landebahn nur von Bündnis 90/Die Grünen definitiv abgelehnt. Ein Konflikt, der dem um Garzweiler II in NRW ähnelt, ist hier absehbar.

Anders als vor vier Jahren spielen Versuche von CDU und FDP, der Landesregierung Wirtschaftsfeindlichkeit vorzuwerfen, nur eine untergeordnete Rolle. Die SPD setzte massiv Werbematerial ein, in dem vom „wirtschaftsstärksten Flächenland“, der „höchsten Arbeitsproduktivität“ und sogar – mit Niedersachsen zusammen – von den kürzesten Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz die Rede ist. Das nahezu völlige Fehlen einer in Ansätzen öffentlichkeitswirksamen sozialistischen Kritik an der Landespolitik wird hier besonders deutlich.

Die Entscheidung der PDS, „angeichts ihrer nach wie vor sehr begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen“ auf eine Kandidatur zu verzichten, war auf dem Landesparteitag nach der Bundestagswahl sehr knapp ausgefallen. Die DKP hatte schon frühzeitig beschlossen, für den Fall, daß die PDS nicht kandidieren sollte, eine eigene Kandidatur anzumelden. Das Ergebnis der letzten Landtagswahl von 0,1% wird sie allerdings kaum verbessern können. *ola*

Polen

ZwangsarbeiterInnen fordern Entschädigung

Von Wulf Schade, Bochum

Ende Dezember vergangenen Jahres forderte der „Polnische Verband ehemaliger Häftlinge von NS-Gefängnissen und Konzentrationslagern“ von der Bundesregierung die Entschädigung für 21.844 polnischen Bürgerinnen und Bürgern in der Gesamthöhe von 2,4 Mrd DM. Gleichzeitig kündigte er eine Klage gegen 15 der größten deutschen Konzerne, die aus der Zwangsarbeit Nutzen zogen, in dreifacher Höhe – also 7,5 Mrd DM – an.

Die Bundesregierung lehnte die gegen sie gerichtete Forderung des Verbandes ab, da sie dafür nicht haftbar gemacht werden könne. Außerdem bekämen die ZwangsarbeiterInnen von Seiten der Bundesregierung durch die Bereitstellung von 500 Mil. DM über die polnische Stiftung „Deutsch-Polnische Versöhnung“ – in der Regel eine einmalige Finanzhilfe von 500 DM. Gleichzeitig wies die Bundesregierung auf ihre Bemühungen hin, einen Fonds der deutschen Industrie zu bilden, in den die von der Zwangsarbeit profitierten Konzerne sowie ihre Nachfolgefirmer größere Geldsummen einzahlen sollten. Eine Notiz in der WAZ vom 1.2.1999 spricht davon, daß dieser Fonds im Herbst dieses Jahres stehen soll, so hoffe jedenfalls die Bundesregierung.

Das Vorgehen der Bundesregierung ist in Polen auf starkes Unverständnis gestoßen. Als empörend wurde es dabei allgemein empfunden, daß die Bundesregierung es nicht für nötig hielt, vor Zurückweisung der Forderungen des Verbandes die polnische Regierung zu konsultieren, gleichzeitig aber mit den Regierungen der USA und Israels sowie mit jüdischen Verbänden über die berechtigten Forderungen der jüdischen Opfer verhandelte. Das könne, so der stellvertretende Außenminister Janusz Stanczyk, zur Verbreitung der antijüdischen Stimmung in Polen beitragen. Bereits am 24. Dezember 1998 wandte sich Minister Walendziak, der Kanzleileiter des polnischen Premiers Jerzy Buzek, in dieser Angelegenheit an den Kanzleileiter des deutschen Regierungschefs, Bodo Hombach. Bis weit in den Januar 1999 hinein bekam er darauf keine Antwort. Ergebnis dieser hinhaltenden Taktik ist die Einreichung einer Klage von zehn polnischen Bürgern beim Gericht in New Jersey in den USA gegen über 200 v.a. deutsche Firmen.

Die Diskussion in Polen über das Vorgehen zu Gunsten der ZwangsarbeiterInnen nimmt weitgehend eine einheitliche juristische Position ein: Auf Grund des Verzichts auf jegliche Ansprüche ge-

genüber der Bundesrepublik Deutschland durch den polnischen Staat 1953 und wegen des Nachbarschaftsvertrages von 1991 kann der polnische Staat heute die Ansprüche der ZwangsarbeiterInnen nach internationalem Recht nicht mehr einfordern. So bleibt den ZwangsarbeiterInnen nur der Weg, ihre individuellen Ansprüche politisch durchzusetzen oder per Gericht gegen den deutschen Staat oder gegen die Industrieunternehmen einzuklagen. Die polnische Regierung kann die ZwangsarbeiterInnen bei ihren Bemühungen diplomatisch unterstützen, was sie auch tun sollte.

Allerdings zeigen sich hier dann Unterschiede. Einige PolitikerInnen – v.a. aus dem liberalen Spektrum – meinen, daß die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen hierdurch nicht unnötig erschwert werden darf. Sie plädieren für einen vorsichtigen diplomatischen Kurs. Sicherlich haben diese Personen, die auch in der Regierung ihre Vertretung haben, die wirtschaftliche wie auch politische Kraft Deutschlands „realistisch“ im Auge. Das Gerede eines Gerhard Schröder vom Vorrang deutscher Interessen zeigt hier Wirkung. Andere – v.a. aus dem rechten Lager – argumentieren rigoroser: Die Regierung habe die Pflicht, die Forderungen zu unterstützen und ihnen überall, wo es geht, Nachdruck zu verleihen. Auch diese Position hat ihre Vertretung in der Regierung. Die letztere Position spricht auch deutlicher von der moralischen Verantwortung und von der politischen Pflicht Deutschlands, schnellstmöglich die ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Diese Position wird in radikalerer Form auch von der linken wie rechten Opposition vertreten.

Für die polnische Regierung ist die Situation kompliziert. Moralisch ist für sie die Sache eindeutig: Deutschland muß zahlen, ob aus Regierungs- oder Industriegeldern. Gleichzeitig stehen aber die Verhandlungen über den EU-Beitritt bevor, wo Deutschland ein entscheidender Faktor ist, den man nicht verprellen darf.

Bundesverfassungsgericht provoziert Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

27 Jahre „Radikalerlaß“ und kein Ende

Von Horst Bethge

Vor 27 Jahren, am 28. Januar 1972, faßten der damalige Bundeskanzler Brandt und die Ministerpräsidenten aller damaligen Bundesländer den unsäglichen Beschluß, sogenannte „Radikale“ durch administrative Maßnahmen vom öffentlichen Dienst fernzuhalten oder aus ihm zu entlassen.

1996 erstritt die betroffene Lehrerin, Dorothea Vogt (Jever) nach 15jähriger Auseinandersetzung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in

Straßburg ein Urteil, in dem festgestellt wird, daß die Berufsverbotepraxis in der BRD als Verletzung der in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Meinungsfreiheit (Artikel 10) und Vereinigungsfreiheit (Art. 11) zu beurteilen sei und entschädigt werden müsse. Das ist inzwischen geschehen.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht in sieben völlig gleichgelagerten Berufsverbotsfällen im Zeitraum September 1998 bis Januar 1999 entschieden, Verfassungsbeschwerden nicht anzunehmen, in denen die Betroffenen Irmelin Schachtschneider (Oldenburg), Ulrika Marks (Varel), Karl-Otto Eckartsberg (Garbsen), Gerda Seelig (Düsseldorf), Gustav Steffen (Hamburg), Herbert Bastian (Marburg) und Hans Apel (Berlin) ihre bei Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten mit Bezug auf das Vogt-Urteil in Straßburg angestregten, aber versagten Wiederaufnahmeverfahren anfechten wollten. Sie werden also gezwungen, sich ebenfalls an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden.

Fünf weitere Wiederaufnahmeverfahren sind noch bei Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten sowie dem Bundesdisziplinargericht anhängig. Es ist zu befürchten, daß auch diese Verfahren in Straßburg landen.

Diese Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts stellen eine einmalige Provokation des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte dar. Mit „ratenhafter Wütigkeit“ (der Kanzleramtsminister bei Willy Brandt, Karl Ravens, prägte das Wort) wird die völkerrechtswidrige Berufsverbotepraxis verteidigt, wird gegen Ende des Jahrhunderts hochgehalten, was im In- und Ausland als Makel der Bundesrepublik gilt, was einige der Urheber, so z.B. Willy Brandt, später als „Irrtum“ und Fehler der damaligen, vom „Kalten Krieg“ geprägten Politik erkannten. Erneut werden Grundrechte von Bürgern beschnitten, wird das Rechtsstaatsprinzip ausgehöhlt und die Geltung der Europäischen Menschenrechtskonvention für die Bundesrepublik in Frage gestellt. Danach sind nämlich die Vertragsstaaten verpflichtet, die Geltung der Menschenrechte zu garantieren.

Dazu erklärte Horst Bethge (Hamburg) vom Arbeitsausschuß der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“:

„Jetzt ist die demokratische Öffentlichkeit gefordert, ihre Meinung zu sagen: Ob der Europäische Menschenrechtsstandard auch in der Bundesrepublik gilt oder nicht. Wir haben nun zwar mit dem Euro eine einheitliche Währung, aber offensichtlich zweierlei Menschenrechte in der EU. Aber auch die neue Bundesregierung ist gefordert: In der Koalitionsvereinbarung wird politisch auf die Menschenrechte Bezug genommen. Gerhard Schröder und Joschka Fischer tragen auch dafür die Verantwortung, daß die Menschenrechte auch für alle in der BRD gelten. Sie können der Bundesrepublik

das peinliche Schauspiel ersparen, daß sie gleich in mehreren Verfahren in Straßburg am Pranger der internationalen Öffentlichkeit stehen. Immerhin warten die rund 11.000 „Fälle“ von Berufsverbot, die es in der alten BRD gegeben hat, immer noch auf ihre politische und persönliche Rehabilitierung. 27 Jahre nach ihrem Beginn ist ein düsteres Kapitel bundesdeutscher Politik immer noch nicht zu Ende.“

Und der Rechtsanwalt der Betroffenen, Dr. Klaus Dammann (Hamburg), merkt an:

„Gerhard Schröder ist darüber hinaus daran zu erinnern, daß er vor seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident der Anwalt von Dorothea Vogt war. Er weiß also genau, um was es geht.“
Weitere Infos bei: Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, Arbeitsausschuß, c/o Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel. + Fax 040/6015212.

PDS überlegt Gesetzentwurf gegen Schadensersatzforderungen der Atomindustrie

Streit um Trittins Atomnovelle

In einer aktuellen Stunde im Bundestag zur „Haltung der Bundesregierung zum Notenwechsel mit Frankreich und Großbritannien zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zu seiner rechtlichen Bindungswirkung“ kritisierte am 27. Januar die PDS-Abgeordnete Angela Marquardt das Einknicken der Bundesregierung vor den Drohungen der Atomindustrie und kündigte an, die PDS überlege einen eigenen Gesetzentwurf, um auf diese Weise Schadensersatzforderungen der Industrie abzuwenden. Wir dokumentieren ihre Rede.

Angela Marquardt (PDS): „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für gewöhnlich erwartet man von der Opposition bzw. von uns kritische Worte. Doch lassen Sie mich an dieser Stelle einfach einmal feststellen: Ich glaube, die Grünen brauchen sich für große Teile des Gesetzentwurfes ihres Umweltministers nicht zu ähmen. Ich bin zwar nicht mit allen Regelungen dieses Entwurfes einverstanden. Aber es ist schon deutlich geworden, daß hier ein ernsthafter Versuch eines schnellen Atomausstieges unternommen wurde. Das sollte man auch einmal anerkennen. (Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Doch ich sage ganz deutlich: Das, was jetzt als Kompromiß verkauft wird, ist ein Desaster! Einzig auf der falschen Seite herrscht Freude. An den Aktienmärkten werden die Energiekonzerne schon als klare Sieger gefeiert. Schön, daß der Bundeskanzler wenigstens diese glücklich machen konnte.

Für alle anderen war das gestern ein

schwarzer Tag. Das Ende der Wiederaufarbeitung ist nicht in Sichtweite gerückt. Auf Akzeptanz seitens der Anti-AKW-Bewegung zu hoffen ist meines Erachtens illusionär. Daß die Menschen gestern hier in Bonn mit großem Einsatz für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen demonstriert haben – ich habe mich mit einigen unterhalten –, zeigt: Dieser Widerstand wird weiter wachsen. Und, Frau Hustedt: Konsens ist Nonsense, wenn es nur darum geht, die Profitinteressen der Atomlobby zu berücksichtigen, und wenn damit für viele Menschen das Risiko, Opfer von Strahlenerkrankungen zu werden, auf lange Sicht weiter in Kauf genommen wird.

Ich komme zu der Frage der Entschädigungsforderungen. Bei den Noten, die 1990 zwischen der deutschen Bundesregierung sowie der französischen und der britischen Regierung ausgetauscht wurden, handelt es sich um Verwaltungsabkommen, an deren Zustandekommen der Deutsche Bundestag nicht beteiligt war. Solche Verwaltungsabkommen entfalten gegenüber dem Gesetzgeber keine Bindungswirkung. So sieht es übrigens auch die Atomindustrie. Einen Teil des Wortlauts der Wiederaufarbeitungsverträge durften wir ja letzte Woche der Presse entnehmen. Ich zitiere einmal:

„Wenn die Wiederaufarbeitungsfirma durch deutsche Gesetze, Verordnungen oder politische Entscheidungen an der Wiederaufarbeitung gehindert ist, werden dem Vertragskunden die noch nicht wiederaufgearbeiteten Brennelemente auf dessen Kosten zurückgeschickt. Die Wiederaufarbeitungsfirma wird dem Vertragskunden alle bereits angezahlten Beträge für noch nicht erbrachte Dienstleistungen dann zurückzahlen.“

Ich denke, das macht deutlich, daß die nähere Untersuchung dieser Dokumente offenbar ganz aufschlußreich sein könnte. Ich fordere daher die Bundesregierung auf, dem Umweltausschuß unverzüglich Abschriften der ihr vorliegenden Wiederaufarbeitungsverträge zukommen zu lassen. (Beifall bei der PDS)

Auf dieser Grundlage – und nur auf dieser – läßt sich dann qualifiziert diskutieren.

Zu guter Letzt bleibt natürlich die Frage: Was tun? In einem Rechtsgutachten wird die Befürchtung geäußert, daß die Einbringung einer Gesetzesinitiative zum Verbot der Wiederaufarbeitung durch die Bundesregierung selbst als Verstoß gegen die Verwaltungsabkommen ihrer Vorgängerin interpretiert werden könnte. Möglicherweise würden dann Schadensersatzforderungen berechtigt sein. Das, denke ich, wollen wir alle nicht. Die Situation wäre aber eine andere, wenn die Initiative aus dem Bundestag selbst käme, wobei alles zu vermeiden wäre, was wie eine indirekte Initiative der Bundesregierung aussähe. Mit anderen Worten: Wir Abgeordneten sind gefragt. – Das lasse ich einfach einmal so im Raume stehen.“

**Million for Mumia-Märsche in den USA geplant /
Bundesweite Demonstration in Hamburg**

Pam Afrika: „Wir können Mumias Leben retten, wenn wir uns vereinigen“

Die „International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal“ planen „Millions-for-Mumia“-Märsche in Philadelphia und San Francisco am 24. April. Damit soll an große Mobilisierungen angeknüpft werden: Die Million-Man-, -Woman-, und -Jugend-Märsche.

Der afroamerikanische politische Gefangene Mumia Abu-Jamal ist seit 16 Jahren in Pennsylvanias Todeszellen. Er wurde 1981 wegen der Erschießung eines weißen Polizisten verurteilt. Am 30. Oktober lehnte das Oberste Gericht von Pennsylvania seinen Antrag auf einen neuen Prozeß ab. Gouverneur Thomas Ridge kündigte an, Abu-Jamal frühestmöglichst hinrichten zu lassen.

„Es geht darum, eine Kampagne zu initiieren, damit sich „Millions for Mumia“-Komitees in jeder Stadt und auf jedem Campus bilden“. Das sagt Pam Afrika, Koordinatorin von „International Concerned Family & Friends“. Dazu fand am 12. Dezember ein Treffen der internationalen Organisatoren in Philadelphia statt. Das Treffen wurde von Senator Vincent Hughes ausgerichtet, verschiedene Bürgerrechtsaktivisten sprachen und der Anwalt von Mumia, Leon Weinglass, referierte den aktuellen Verfahrensstand.

„Jeder Tag zählt. Im schlechtesten Fall könnte Mumia im Mai 1999 hingerichtet werden“ sagt Pam Afrika. Sie ruft religiöse Führer, die Arbeiterbewegung, Künstler und andere auf, sich der 24. April-Mobilisierung anzuschließen, um Mumia Abu-Jamal zu schützen und ein neues Gerichtsverfahren zu erreichen.

„Die Leute mobilisieren schon. Wir haben noch nicht einmal dazu aufgerufen“. Pam Afrika berichtet, Studenten in San Francisco planen einen stadtweiten Streik am 23. April, der den „Millions for Mumia“-Marsch am nächsten Tag vorbereiten soll. Die Studenten hoffen, daß sich die Streiks auf die High-Schools und auf Colleges anderer Städte ausweiten.

„Rev. Al Sharpton sprach über Mumias Fall in der Kanaan Baptistenkirche in Philadelphia. Er brachte aufschlußreiche Details und forderte die Leute auf, sich für Mumia einzusetzen.

Wir erfuhren davon erst später. Es passieren so viele Sachen“. Die New Yorker „Free Mumia Abu-Jamal-Koalition“ veranstaltete am 5. Dezember ein Fünf-Meilen-Rennen. Die Rennstrecke ging vom Culver Gore Park in Brooklyn zum Bundesgebäude in Manhattan – und brachte Geld für Abu-Jamals Verteidigung. Am Menschenrechtstag, 10.12., gab die beliebte Rap/Rock-Band „Rage against the Machine“ ein Konzert in New Jersey Meadowland, um Geld für die Verteidigung aufzubringen. „Indigo Girls“ und „Chumbawumba“ waren auch angekündigt. Und am 11. Dezember traf sich eine Gruppe von Hochschullehrern, die sich „Akademiker für Mumia“ nennt, an der Universität von Pennsylvania.

Der 24. April, der als Tag für „Millions for Mumia“ gewählt wurde, ist Abu-Jamals Geburtstag. Es ist auch der Jahrestag des „Effective Death Penalty Act“. Präsident Clinton unterschrieb dieses Gesetz 1996. Es schreibt die Todesstrafe fest und erschwert zum Tode verurteilten Gefangenen, Berufung einzulegen. Urteile niedriger Gerichte müssen als „wahr“ akzeptiert werden – sogar in Fällen wie dem von Abu-Jamal, wo ein Richter offensichtlich voreingenommen war. „Der Federal death-penalty Act geht direkt auf die Fraternal Order der Polizei zurück, von dort zu Pennsylvanias Kongreßabgeordneten und zu Senator Bob Dole, der sich 1996 als Präsident bewarb“, führte Pam Afrika aus. „Es wurde direkt geschrieben, um Mumia zu bekommen. Es wurde dem Präsidenten vorgelegt, der es unterschrieb. Es ist nicht so, daß er nichts über Mumias Fall weiß. Clinton hat Nachrichten und Appelle für Mumia Abu-Jamal aus aller Welt bekommen.“

Afrika: „Dieser Kampf gilt nicht nur Mumia, sondern auch unseren Söhnen und Töchtern, die unter dieses Gesetz fallen könnten. Im Kampf gegen die rassistische Todesstrafe wird der 24. April ein wichtiges Datum sein. Wir können Mumias Fall gewinnen, aber nur, wenn wir uns vereinigen, um es zu tun. Du kannst dich nie auf das Rechtssystem verlassen. Du kannst nur auf die Kraft der Leute bauen“.

aus: Lokalberichte Hamburg



Bundesweite Demonstration: Freiheit für Mumia Abu-Jamal 20. 2, Hamburg, 12 Uhr ab Bahnhof Sternschanze

Der gefesselte Riese

„Ich werde mich weder für Cäsar halten noch für Napoleon, noch für Gottvater“, versprach Bruno Mégret, bevor er sich am Sonntagfrüh von den 2 300 Delegierten des „Erneuerungs- und Zukunftskongresses“ im südfranzösischen Marignane zum Vorsitzenden des rechtsextremen Front National wählen ließ. Oder, um genauer zu sein, des „Front National – Mouvement National“ (FN-MN).

Von Bernhard Schmid, Paris

So lautet der Titel der neuen Gruppierung, die aus dem Kongreß vom Wochenende hervorgegangen ist. Sie konkurriert innerhalb des französischen Neofaschismus mit der Rumpforganisation des bisherigen Front National, die weiterhin vom alternden Parteichef Jean-Marie Le Pen geführt wird. Damit bestehen zwei rivalisierende Führungen, die beide jeweils für sich beanspruchen, den „wahren“ und legitimen FN darzustellen. Le Pen wurde freilich – „ein vergiftetes Geschenke“ (so der Betroffene) – von den Kongreßteilnehmern in Marignane, einstimmig, zum „Ehrevorsitzenden“ der neuen Organisation gekürt, obwohl er natürlich der Versammlung ferngeblieben war.

„Ich werde nicht auf Pilgerfahrt ins Liliputanerland gehen“, hatte Le Pen sich in der Vorwoche über die Veranstaltung von Marignane ausgelassen: Die Neugründung der von ihm aus dem FN hinausgeworfenen Funktionären sei eine politische Totgeburt – seiner Meinung nach maximal für „ein, vielleicht auch zwei Prozent der Wählerstimmen“ gut. Gleichzeitig spielte Le Pen hämisch auf die nicht gerade imponierende Körpergröße seines Rivalen Bruno Mégret an, den er zuvor bereits mit dem Spitznamen „Napoléon“ (von nabot, Zwerg, Knirps) belegt hatte.

Der für Jean-Marie Le Pen reservierte Stuhl in Marignane blieb frei, um unter Beweis zu stellen, daß eine Einigung in der extremen Rechten allein an dem cholerischen Bretonen scheitere. Auch der Name für die neue Formation, „Mouvement National“, vorgeschlagen von Marie-Caroline Le Pen, sollte die Möglichkeit einer konföderalen Dachorganisation für Lepenisten wie auch Mégretisten offenhalten.

Marie-Caroline Le Pen, die 38jährige älteste Tochter des FN-Gründers, ist die Lebensgefährtin von Philippe Olivier, der rechten Hand von Bruno Mégret und früher dessen Stellvertreter als Generalbeauftragter des FN. Nachdem ihr Vater den Vorschlag einer Konföderation demonstrativ ignoriert hatte, war sie ins Lager der Mégretisten übergewechselt.

Ein politischer Glücksfall für die Mégretisten, denn nachdem das Pariser Zivilgericht in seinem Urteil vom 15.1.1999 den Antrag aus dem Hause Le Pen abgeschnitten hat, den Rivalen per Einst-

weiliger Verfügung die Verwendung von Parteinamen und -symbol zu verbieten, können sie nun neben dem Partei- auch noch seinen Familiennamen benutzen.

Vieles deutet in der Tat darauf hin, daß es zur Europaparlamentswahl im Juni neben der Liste Le Pen auch noch eine Liste Mégret/Le Pen geben wird, mit dem Chef des neuen FN-MN als Spitzenkandidat und Marie-Caroline Le Pen als Nummer zwei. Die Zusammensetzung der Kandidatenliste soll Mitte Februar bekanntgegeben werden. Damit steigt die Chance der Mégret-Anhänger, einen Schiffbruch bei diesen Wahlen zu vermeiden, die bisher die für sie gefährlichste Klippe darstellen.

Denn zwar hat Bruno Mégret den größten Teil des FN-Apparats hinter sich, wie sich in den letzten Tagen bestätigte: Da lief selbst die Mehrzahl des milizähnlichen FN-Ordnerdienstes DPS (Département Protection-Sécurité, „Abteilung Schutz und Sicherheit“), der auf den Chef eingeschworen war, zu Mégret über. Doch neben dieser Sympathie der Kader und Aktivisten hat Mégret bisher große Schwierigkeiten gehabt, auch bei den passiven Anhängern und in der Wählerschaft des FN Zuspruch zu finden. Zwei Umfragen des Instituts CSA, die beide in der zweiten Dezemberhälfte durchgeführt wurden, belegen dies. Demnach würden derzeit 4 bzw. 5% der Wählerschaft für eine Liste Mégret stimmen, 10 bzw. 9% für eine Liste Le Pen. Einzig bei den Besserverdienenden – oberhalb von 15 000 Francs (rund 4 500 Mark) im Monat – hat Mégret klar die Nase vorn.

Als Sohn eines Richters am Staatsgerichtshof und Absolvent zweier hochrenommierten Eliteschulen, der Polytechnique und der Ponts et Chaussées, mußte der bisher eher im Hintergrund wirkende Chefideologe Mégret dem plebejischen, sozial unzufriedenen Teil des FN-Publikums als Repräsentant der verhaßten technokratischen Eliten erscheinen. Die Lepenisten tun derzeit alles, um in diese Kerbe zu schlagen, und sprechen von den Mégret-Anhängern als Vertretern des „Establishments“ und der „Pariser Bourgeoisie“, die sich „bei uns eingeknistet“ haben.

Auf die Dauer wird dieser Verweis auf die soziale Herkunft Mégrets und der ihn umgebenden Intellektuellen der Nouvelle Droite aber nicht darüber hinwegtäuschen können, daß es dieselben sind, die den FN – bis in die späten Achtziger hinein ein Haufen von kleinbürgerlichen Re-



aktionären, Abenteurern und Altfaschisten – zur Auseinandersetzung mit der sozialen Frage geführt haben, die zu besetzen von höchster strategischer Bedeutung für die extreme Rechte ist. Während Le Pen die Streikbewegungen im Herbst 1995 mit Häme bedachte und damit seinen kleinbürgerlichen Empfindungen nachgab, war es Mégret, der Anfang 1996 in einem Interview mit *Le Monde* die „soziale Offensive“ des FN lancierte und dessen „neuartige Unterstützung der sozialen Bewegungen“ ankündigte.

In der Folgezeit war es zur Schaffung einer Reihe neofaschistischer Gewerkschaften gekommen, die aber später meist durch die Justiz verboten wurden. Derzeit unternimmt der FN hinter Le Pen wenig, um das soziale Terrain erneut zu besetzen, und überläßt damit den strategisch versierten Kadern um Mégret einen enormen politischen Freiraum. Während Jean-Marie Le Pen seine wiederhergestellte Macht über die Restorganisation des FN genießt, bereiten sich die Mégretisten darauf vor, erneut an allen gesellschaftlichen Fronten zu intervenieren. Im November, noch vor Beginn der Spaltung, war es Mégret, der sich nach Le Havre begab, um in die Mobilisierungen für die bedrohte Werftindustrie einzugreifen und diese in einen Kampf für die „nationale Produktion“ und gegen den „Internationalismus in Gestalt des IWF“ zu wenden.

Auf die Dauer wird sich zweifellos das nunmehr als eigenständige Organisation formierte Mégret-Lager als der politisch überlebensfähigere Flügel des französischen Neofaschismus erweisen. Sollte er die Bewährungsprobe der Europa-Parlamentswahlen bestehen, so wären bei den darauffolgenden Wahlgängen die Voraussetzungen für die Le Pen-Anhänger schlecht: Bei den Lokalwahlen kommen die Mégret-Anhänger als potentielle Bündnispartner einer größeren Anzahl

konservativer Lokalfürsten in Betracht. Und bei einer Präsidentschaftswahl könnte es Le Pen passieren, daß er gar nicht antreten kann – da hierfür die Unterschriften von 500 Trägern von Wahlmandaten, also von Bürgermeister, Kommunalparlamentariern oder Abgeordneten erforderlich sind. Die konservativen Mandatsträger, die bisher für seine Kandidatur unterschrieben hatten, dürften sich nun größtenteils hinter Mégret wiederfinden. Die Tage Le Pens auf der politischen Bühne sind gezählt.

Und sollte am Ende des anstehenden Rechtsstreits die Le Pen-Fraktion ihren Anspruch auf den Namen „Front National“ durchsetzen können, so wird auch dies kein Beinbruch sein – bis dahin werden die Mégretisten die Namen „Front National“ und „Mouvement National“ so miteinander verbunden haben, daß sie bequem auf den zweiten Teil ihres neuen Titels werden ausweichen können.

Noch komplizierter wird der Rechtsstreit dadurch, daß mehrere Akteure Anspruch auf den Namen „Front National“ erheben. Jean-Marie Le Pen hatte den Parteititel 1985 auf seinen Namen eintragen lassen. Die Anmeldung beim Nationalen Institut für Patente und Autorenrechte muß jedoch alle zehn Jahre erneuert werden, um rechtliche Gültigkeit zu behalten. Le Pen hat es unterlassen, 1985 die Eintragung fortschreiben zu lassen. Und so konnte der Mégret-Anhänger Serge Martinez den Titel am 10.12.1998 beim INPI für sich registrieren. Martinez stützt sich außerdem auf eine vereinsrechtliche Argumentation: Für die Frage, wer zuerst da war, seien nicht der Vorsitzende zu berücksichtigen, sondern die Parteistrukturen – und die befänden sich eindeutig im Lager Mégrets.

Grenada

Hoher Sieg des Premiers

(Saint Georges, 25.1., na-Poonal). – Die Neue Nationalpartei von Premierminister Keith Mitchell hat die Wahlen vom 18.1. in allen 15 Wahlbezirken der Insel hoch gewonnen.

Nachdem Mitchell bei einem Mißtrauensvotum im Parlament unterlag, hatte er sich gezwungen gesehen, 18 Monate früher als vorgesehen Neuwahlen auszusprechen. Die mit 9 Sitzen im bisherigen Parlament vertretene Opposition hatte die Partei von Mitchell der Korruption bezichtigt. „Es scheint so, als hätten wir 15 zu Null gewonnen“, sagte Mitchell nach den ersten Ergebnissen.

„Es ist ein entscheidender Moment für Grenada. Die Menschen sind der bisherigen Politik müde, der perversen Attacken überdrüssig und bereit, das Land in eine neue Zeit zu überführen.“ Die Oppositionspolitiker gaben ihre Niederlage zu. Nach Meinung von Robert Grant von der Neuen Demokratischen Partei waren die sechs Wochen zwischen der Ausschrei-

bung der Wahlen und dem Wahltermin zu kurz, um sich zu organisieren. Mitchell hatte den 100 000 Einwohnern Grenadas im Wahlkampf Stabilität und weitere ausländische Investitionen versprochen.

Auch die US-amerikanische Invasion kam wieder zur Sprache. 1983 hatten die USA unter Ronald Reagan blutige Auseinandersetzungen innerhalb der linken Regierung Grenadas zum Vorwand genommen, sich gegen die „kommunistische Bedrohung“ der kleinen Insel und den Einfluß der Kubaner dort zu schützen. Der kürzliche Tod eines 18jährigen Schülers belebte die Erinnerung an die gewalttätige Vergangenheit des Landes neu. Fabian Horsford starb im Dezember, als er im Landkreis Petit Calivigny auf einen Blindgänger trat. Hier waren während der Invasion unzählige Bomben niedergegangen. Nach dem Tod des Schülers wurden zwei weitere Sprengkörper in der Gegend gefunden. Die Mutter des Opfers, Jean Williams, erklärte, sie mache niemanden für den Tod ihres Sohnes verantwortlich, doch sie glaube, das Land müsse endlich zugeben, Schauplatz einer gewalttätigen militärischen Operation gewesen zu sein. „Die Leute sagen zwar, wir müssen nach vorne schauen“, sagte Williams „aber dies zeigt nur, daß wir unsere Vergangenheit noch nicht bewältigt haben.“

Angola

Eine neue Runde im Krieg

Nachdem die UNO in Angola erneut eine Niederlage einstecken mußte, wird das Mandat für ihre Aufsicht (MONUA) nicht mehr verlängert. Es gab – wie etwa im Irak oder im Restjugoslawien – für den UN-Sicherheitsrat auch keinen Grund, z.B. auf Savimbi von der UNITA Druck auszuüben. Angola liegt nur in Afrika, und schon in Somalia oder in Sierra Leone konnte keine Lösung erreicht werden. Von angolanscher Regierungsseite ist die Arbeit von MONUA scharf kritisiert worden. Sie würden nicht einmal die Abkommen, die offiziell Grundlage der Arbeit von MONUA wären, überwachen; etliche Proteste der Regierung, daß die Waffenübergabe, Demobilisierungen etc. nicht eingehalten würden, seien ohne Resonanz gewesen. Nun wird zwischen De Beers und internationalen Ölkonzernen – etwas verkürzt – die neue Runde ausgefochten, ihre Statthalter sind einerseits die Rest-UNITA von Savimbi, andererseits die MPLA-orientierte Regierung in Luanda.

Im Dezember wurden zwei Flugzeuge der UNO abgeschossen, beide Seiten stritten um die Verantwortlichkeit dafür. Wahrscheinlicher ist, daß die Rest-UNITA für den Abschuß zuständig gewesen ist, ihre Position bei der UNO ist ohnehin stark diskreditiert.

Mit Diamanten – im UNITA-kontrollierten Bereich – konnte man zwischen 1992 und 1998 7,3 Mrd. Dollar Umsatz einfahren. Damit war es der UNITA möglich, sich technologisch modern zu bewaffnen. Der Handel läuft über De Beers und seine CSO, die 80% des Welthandels für Diamanten kontrolliert. Zwar hatte die UNO einen Boykott über UNITA-Kontakte verhängt, sich aber nicht darum gekümmert, wie dieser Boykott kontrolliert werden sollte. So konnte also z.B. in Antwerpen munter weiter in Diamanten aus Angola gehandelt werden, die zu den besten der Welt gehören. Von einer Bombardierung Antwerpens war nie die Rede gewesen ...

Seit Anfang Januar wird nunmehr die Entscheidung erneut auf dem Schlachtfeld gesucht, mit den allgemein bekannten Folgen: Rekrutierungen, Eroberungen, Flüchtlinge und Verwüstungen. UNITA kann in den ländlichen Regionen Erfolge haben, die MPLA sitzt in den Städten, zum Teil eingekreist durch Minengürtel und Embargos. Truppen, die zuvor noch im Congo eingesetzt waren, wurden zurückbeordert, um die Angriffe der UNITA zurückzuschlagen. Diese werden – soweit die Informationen zuverlässig sind – durch die Banyamulenge aus Rwanda ebenso unterstützt wie von Söldnern. Die UNITA ist in sich seit längerem gespalten; ein Teil hatte sich dem parlamentarischen Weg verschrieben und war in eine Koalitionsregierung in Luanda aufgenommen worden, die von der Savimbi-Fraktion boykottiert wurde. Die sogen. Renovada-UNITA unter Chivukuvuku hatten sich von Savimbi gelöst, weil deren Kriegskurs perspektivlos schien und die Verteilung der Kriegsbeute (Diamanten) einseitig war.

Die MPLA hat ihren Kurs ebenfalls neu geplant. Im Zentralkomitee wurde der frühere Premier Nascimento ins Abseits befördert und durch Lourenco ersetzt, was zur Stärkung der Führung beitragen sollte.

Nach dem Abzug der UNO gerät das internationale Hilfsprogramm ins Stocken, da die einzig „neutrale“ Organisation, die bislang in Konfliktfällen Ansprechpartnerin war, nicht mehr zwischen den Fronten vermitteln kann. Dazu gehört auch Medico International, die in Luena ein Rehabilitationsprogramm finanzierten, in dem für Kriegsgesopfe und Bomben- wie Minengeschädigte Fortbewegungshilfen konstruiert wurden. Ihre Arbeit – wie auch die anderer Organisationen – ist aufs Höchste gefährdet.

Die deutsche Regierung hält sich aus Verpflichtungen für Angola heraus. Unter den zehn wichtigsten Namen der Geberländer für die UNO-Unterstützungsprogramme taucht Bonn nicht auf, die EU erst an 8. Stelle. Bislang hatte das Auswärtige Amt noch die absurde These vertreten, daß die Lebensbedingungen für Flüchtlingen in Luanda ausreichen würden, um Rückschiebungen vorzunehmen.

(mc)



Über 5000 polnische Bauern beteiligen sich seit dem 22.1. landesweit an Protesten gegen EU-Agrarexporte und den Verfall der Agrarpreise. Sie errichteten bis zu 120 Straßensperren. Auch ein Grenzübergang in die BRD bei Zgorzelec (bei Görlitz) wurde blockiert. Seit 1997 ist der Preis, den die Bauern für Milch erzielen, von 43 Pfennig je Liter auf ca. 32 Pfg. gefallen. Auch der Preis für Lebewiehe fiel auf die Hälfte. Mit subventionierten Agrarexporten nach Polen hat die EU dazu beigetragen. Die Bauern fordern Maßnahmen gegen den Preisverfall und eine Begrenzung der EU-Exporte nach Polen.

75. Todestag Lenins / Sjuganow: NÖP heute aktuell

Die russischen Kommunisten haben am Donnerstag des 75. Todestags von Wladimir Iljitsch Lenin gedacht. KP-Vorsitzender Gennadi Sjuganow legte Blumen im Lenin-Mausoleum am Roten Platz nieder, wo der Leichnam Lenins aufgebahrt ist. Sjuganow erinnerte in seiner Ansprache an die Neue Ökonomische Politik (NÖP), mit der Lenin den Härten der Oktoberrevolution durch marktwirtschaftliche Elemente begegnen wollte. Die NÖP klopfe an Rußlands Tore und sei notwendig. „Sie ist so wichtig wie in den 20er Jahren“, sagte Sjuganow. Er zeigte sich überzeugt, daß die Kommunisten bei den Wahlen Ende dieses Jahres wieder die stärkste Fraktion in der Duma würden: Die Zeitung *Sowjetskaja Rossija* widmete Lenin fast die ganze Titelseite.

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew legten Spitzenpolitiker der ukrainischen KP Blumen am Lenin-Denkmal nieder.

Unterdessen sprach sich Patriarch Alexi II. gegen ein übereiltes Begräbnis des einbalsamierten Leichnams Lenins aus. Dies könne die Gesellschaft spalten und die politische Stabilität gefährden.

Baskische Tageszeitung „Gara“ gegründet

„*Euskal herriko egunkaria gara*“ (Wir sind die Tageszeitung des Baskenlandes) ist der volle Name des Projekts. Er steht für das neue Konzept und das gestiegene baskische Selbstbewußtsein. Schritt für Schritt soll in „Gara“ der Anteil der Beiträge in baskischer Sprache erhöht werden. Neben spanischsprachigen soll

es bald auch französische Artikel geben. In Iparralde, dem französischen Baskenland, werden eigene Lokalteile entstehen. Dadurch – und durch die Einbeziehung der Provinz Navarra, die von Madrid nicht als Teil des „autonomen Baskenlandes“ anerkannt wird – will „Gara“ das Zusammengehörigkeitsgefühl der Basken stärken. Die Stiftung „Baietz“ (Sag ja), die zum Aufbau baskischer Medien im September gegründet wurde, verkündete über Internet: „Gara ist eine Zeitung aus dem Baskenland und für das Baskenland. Sie wird mit der Aufgabe geboren, als Stimme derer zu dienen, die glauben, daß die endgültige Entscheidung über die Zukunft des Baskenlandes die baskische Bevölkerung treffen soll.“

Der Pinochet-Ankläger Baltasar Garçon hatte im Juli nicht nur die Tageszeitung „Egin“ und die gleichnamige Rundfunkstation wegen angeblicher Unterordnung unter die bewaffnete Organisation ETA geschlossen. Er ließ auch fast 20 Leitungsmitglieder und Journalisten hinter Gitter stecken. Die Inhaftierten kamen nach Monaten zwar wieder frei, eine Anklage wegen Mitgliedschaft in der ETA ist kaum noch zu erwarten, aber „Egin“ bleibt geschlossen: Die juristische Klärung dauert fünf bis zehn Jahre. Die Leitung von „Gara“ wurde einer Frau übertragen: Mertxe Aizpurua. Die neue Zeitung wird täglich auch im Internet zu lesen sein (www.baietz.org).

Kroatien: Rehabilitierung des Ustascha-Regimes

Im „Haus Europa“ in der kroatischen Hauptstadt Zagreb wurde unlängst mit

großem Pomp der zweiten Band der Memoiren der Ustascha-Führer Ante Pavelic vorgestellt. Pavelic, der von Hitler als Chef des „Unabhängigen Kroatischen Staates“ eingesetzt worden war, hat in den vier Jahren seiner Herrschaft Zehntausende Juden, Serben, Roma und Sinti und jugoslawische Antifaschisten hinmetzeln lassen. Im heutigen Kroatien Franjo Tudjman, wo man alle Gedenktafeln für Partisanen beseitigte, wo man die Pensionen der Partisanen halbierte, während man ehemaligen Ustascha-Mördern Pensionen gewährte, versucht man, durch die Veröffentlichung faschistischer Bücher Pavelic zu rehabilitieren. Der hat die Erinnerung nach seiner Flucht im Mai 1945 in Italien notiert, wo er unter dem Schutz des Vatikans lebte, bevor er sich nach Argentinien absetzen konnte. Die regimetreuen Zeitungen empfahlen, die Memoiren des als Kriegsverbrecher verurteilten Pavelic „gehören in jedes kroatische Haus“.

Von den vielen Versuchen, die Ustascha-Bewegung zu rehabilitieren, zeugte auch die Absicht von Präsident Tudjman, den Kriegsverbrecher Ivo Rojnica (83), der gleich vielen anderen Ustaschas nach Buenos Aires floh, zum Botschafter in Argentinien zu ernennen. Doch die Veröffentlichung eines Leserbriefes der kroatischen Antifaschistin Magdalena Drnacin im deutschsprachigen „*Argentini-schen Tageblatt*“ sowie eines Artikels in der Zeitung „*Pagina*“ über die Vergangenheit Rojnicas verhinderten dies. Rojnica hat inzwischen die mexikanische Staatsangehörigkeit, ist mehrfacher Millionär und gehört zum Freundeskreis des argentinischen Präsidenten Menem. Rojnicas Startkapital war das Gold, das er während des zweiten Weltkriegs in Dubrovnik geraubt hatte.

Argentinien: Blendende Zahlen

(Buenos Aires, 25. Januar 1999, na-Poona).- In den vergangenen vier Jahren wurden drei von vier neuen Arbeitsplätzen in Argentinien mit Frauen besetzt. Doch das allein macht noch keine gute Nachricht. Nach einer Umfrage der Regierung befindet sich die Hälfte der neuen Arbeitsplätze im informellen Sektor. Die Frauen arbeiten hier zu Niedrigstlöhnen und ohne jede Sicherheit. Fast alle neuen Arbeitsplätze befinden sich im Dienstleistungssektor, die Arbeitszeiten liegen bei ungefähr 12 Stunden täglich. Der Rest sind Teilzeitsstellen. Die Umfrage zeigt eine Beteiligung der Frauen von 247 759 der seit 1994 geschaffenen 337 014 Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit liegt dennoch bei den Frauen mit 15,4 Prozent höher als bei den Männern mit 11,8 Prozent. In Buenos Aires, wo sich 37 Prozent der Arbeitskraft des Landes konzentriert, lag die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 1998 bei 13,3 Prozent.

(Zusammenstellung: hav)

KÖLN. 200 Demonstranten kamen zu Meisner Soldatengottesdienst. Wie auch im letzten Jahr hatten sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer etwas einfallen lassen und brachten ein eigenes Schild oder Transparent mit. Da war zu lesen „Meisner an die Front“ oder „Mit Meisners Segen in den Kugelregen“. Das Bündnis war bunt: Sozialisten, Pazifisten und Christen. Der Deutsche Freidenker-Verband fiel mit einem riesigen, vier Meter hohen Transparent schon von weitem auf: „Nie wieder Krieg – Schützt das geborene Leben“ konnten da die 1500 anrückenden Soldaten lesen. Es wurde schon etwas kalt, da rückte Kardinal Meisner an. Unter vielen Protestrufen zog die Prozession in den Dom ein, und der Kardinal segnete die Soldaten für den Krieg. jöd



Foto: arbeiterfotografie

NPD-Provokation verhindern

BREMEN. Die VVN-BdA Bremen hat mit einer Presseerklärung gegen eine von der NPD für den 1. Mai angekündigte Großdemonstration in Bremen protestiert. Es handele sich um eine Provokation, so der Landesvorsitzende der VVN-BdA, Raimund Gaebel, die durch den geplanten Veranstaltungsort vor dem Mercedes-Werk, in dem viele ausländische Kollegen beschäftigt seien, noch verschärft werde. Gaebel wies darauf hin, daß sich in der NPD mittlerweile Mitglieder und Kader von einem halben Dutzend verbotener neonazistischer Organisationen versammelt haben, sowie darauf, daß sich die NPD selbst als „weltanschaulich radikalste deutsche Kraft“ bezeichne. Die angekündigte NPD-Aktion richte sich vorrangig gegen die demokratischen Gewerkschaften, deren Zerstörung die NPD anstrebe. Er forderte Innensenator Bortscheller auf, die NPD-Veranstaltung nicht zu genehmigen. Die VVN-BdA werde mit allen juristischen und politischen Mitteln gegen die NPD vorgehen. Gaebel rief alle demokratischen Kräfte Bremens auf, die NPD-Provokation gemeinsam deutlich zurückzuweisen.

VVN-BdA Landesverband Bremen e. V.

Gegen Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Rassismus!

KÖLN. Gut 700 Menschen aus allen Teilen Nord-, West- und Südeuropas waren es, die sich am 23. und 24. Januar in der Kölner Universität trafen. Zwei Tage lang diskutierten sie über ein Europa, daß trotz immer weiter ansteigendem Reichtum Millionen Menschen erwerbslos macht und ins Elend stürzt, und in dem die Leidtragenden dieser Politik auch noch



gegeneinander gehetzt werden. Die Hauptarbeit des Kongresses fand in Arbeitsgruppen statt, die ihre Ergebnisse dem Plenum vorstellten. Sie beschäftigten sich mit dem, was sich die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsländer unter Beschäftigungspolitik vorstellen, diskutierten Fragen eines existenzsichernden Grundeinkommens für alle und besprachen Fragen der Jugend- und Bildungspolitik. Es würde zu weit führen, alle Ergebnisse im Rahmen eines Artikels zu schildern, deshalb hier kurz die wesentlichen Ergebnisse:

In Vorbereitung des Treffens der Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten am 3. und 4. Juni 1999 findet am 29. Mai eine Großdemonstration in Köln statt, für die in ganz Europa mobilisiert wird. An ihr nehmen auch Vertreter(innen) der indischen Bauern- und brasilianischen Landlosenbewegung teil. In den Tagen nach der Demonstration finden inhaltliche Diskussionen im Rahmen eines Gengipfels, eines „Gipfels von unten und von links“ statt. In Vorbereitung der Demonstration, bei der mit bis zu 50 000 Teilnehmer gerechnet wird, finden sowohl internationale (z.B. Brüssel-Köln, Prag-Köln, Schweiz-Köln) als auch nationale Märsche statt. Nachgedacht wird über ein Projekt eines Eisenbahnzuges, der von Griechenland aus über Jugoslawien, Bosnien, Slowenien, Ungarn und Österreich Köln erreicht. Mit dieser Aktion soll die Forderung der Beteiligten nach Frieden auf dem Balkan unterstrichen werden. Die Teilnehmer aller dieser Märsche werden sich dann am 29.5.99 beim internationalen Marsch gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung und Rassismus treffen, um ihre sozialen und politi-

schen Forderungen zu unterstreichen. tri

Öffentliche Parteinahme für Ignaz Bubis

MÜNCHEN. Ca. 300 Menschen versammelten sich am 21.1.1999 am Marienplatz vor dem großen Transparent „Gegen das (geistige) Brandstiften“. Viele von ihnen hatten durch Spenden die Zeitungsanzeige mitfinanziert, die dazu aufgerufen hatte, die Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser und das schreckliche Echo, das sie in diesem Land findet, auf die Straße zu tragen.

Gemeinsam, über Parteigrenzen und Weltanschauungs-Differenzen hinweg, wurde die Unterstützung für Ignaz Bubis, alle Juden in Deutschland und alle Opfer des Hitlerfaschismus zum Ausdruck gebracht. Dies drückte sich auch in der Form der Aktion aus, in der nur die gemeinsamen Lösungen auf schlichten weißen Schildern mitgetragen wurden. Im Schweigemarsch zogen die Beteiligten zum Gedenkstein für die von den Nazis zerstörte Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße.

Dort – wie vorher am Marienplatz – wurde das gemeinsame Anliegen zum Ausdruck gebracht, indem von Initiatoren und Unterstützern der Aktion wie Chaim Frank, Ernst Grube, Günther Wangerin und Hanne Hiob-Brecht Texte von Peter Rühmkorf, Bert Brecht, Leo Tolstoi, Erich Fried, Erich Kästner u.a. gelesen wurden.

Zu Beginn der Veranstaltung wurden den Teilnehmern Grußadressen bzw. Solidaritätserklärungen mit der Initiative bekanntgegeben. Sie kamen u.a. von Hildegard Hamm-Brücher (Staatsministerin A.D.), Hans-Jochen Vogel (ehem. SPD/OB der Stadt München), Franz Maget (MdL und Vorsitzender der Münchner SPD) und Romani Rose (Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma).

Staat antwortet mit wachsender Repression

HAMBURG. „Am 9. Februar muß sich der konsequente Kriegsdienstverweigerer und Wehrpflichtgegner Sönke Müller vor dem Amtsgericht Meldorf für seine (Un)Taten ‚verantworten‘. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Befehlsverweigerung.

Sönke wurde zum 1. September 1998 in die Wulf-Isebrand-Kaserne nach Heide berufen. Nach einer Protestaktion mit FreundInnen und anderen Totalverweigerern vor der Kaserne stellte er sich den Militärs und verweigerte alle ihm erteilten Befehle. Die Bundeswehr reagierte wie üblich mit Repression – drei Monate saß Sönke ununterbrochen in der Arrestzelle. Das Gesetz erlaubt den Arrest als eine „erzieherische Maßnahme“. Verhängt von Militärriechtern, sind die Arrestbedingungen darauf angelegt, den Willen des Totalverweigerers zu brechen und auf andere Soldaten möglichst abschreckend zu wirken: 23 Stunden am Tag in einer knapp 7qm kleinen Zelle (Einzelhaft), eine Stunde bewachten Hofgang, tagsüber keine Liege- und Schlafmöglichkeit, einziger Kontakt zur Welt nach draußen sind Briefe und eine Tageszeitung. Radios etc. sind verboten.“

Soweit eine Pressemitteilung der Hamburger Gruppe „Die Desertöre“.

Sönke hatte, da er jeden Kriegsdienst ablehnt, keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt und war daraufhin von der Bundeswehr als „Soldat“ eingestuft und einberufen worden. Seine lange Arrestierung ist auch unter rechtlichen Gesichtspunkten äußerst problematisch. Denn Militärarrest darf, wie in der Pressemitteilung erwähnt, offiziell nur zu „erzieherischen Zwecken“ innerhalb der Bundeswehr verhängt werden, stellt jedoch faktisch ein eigenes Strafinstrumentarium der Bundeswehr dar. Allgemein wird davon ausgegangen, daß nach 63 Tagen Arrest (3 mal 21 Tagen) der Arrestierte nicht mehr zu disziplinieren ist. Sönke war jedoch genau 89 arrestiert, bevor er sich vor ein Gericht gestellt wurde.

Kein Recht auf konsequente Kriegsdienstverweigerung

Zwar darf gemäß Art. 4 Abs. 3 GG niemand zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Doch ein Recht auf totale Kriegsdienstverweigerung gibt es in der BRD nicht. Zivildienstleistende können im Kriegsfall zu kriegsunterstützenden und kriegserhaltenden Maßnahmen, z.B. zum Dienst in Feldlazaretten, eingesetzt werden, und insofern ist der Zivildienst eher ein „ziviler Kriegsdienst“ denn wirklich ein Zivildienst. Junge Männer, die sich jeder Art von Kriegsdienst verweigern, sind starker Repression ausgesetzt.

Den Statistiken zufolge haben die

Zahlen derjenigen, die den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, neue Rekordhöhen erreicht. Statistiken über die Zahl der Totalverweigerer sind nicht bekannt. Doch in vielen Städten sind – inzwischen bzw. inzwischen wieder – Initiativen Totaler Kriegsdienstverweigerer aktiv, und für Mai 1999 wird in Nürnberg ein Bundestreffen vorbereitet. Die Ausgaben der Zeitschrift „Ohne Uns“ – der Zeitschrift für totale Kriegsdienstverweigerung – vermitteln einen Eindruck, wie im Zuge der Militarisierung der deutschen Außenpolitik die Repression gegen totale Kriegsdienstverweigerer zunimmt und zunehmend Exempel statuiert werden, was die Strafen und die Härte angeht, mit der die jungen Menschen, die sich verweigern, verfolgt werden.

So wurde z.B. Christof Haug, der erfolglos gegen die Gewissensprüfung des Bundesamts für Zivildienst (BAZ) geklagt hatte, Ende Juni 1998 wegen Befehlsverweigerung und Fahnenflucht zu einer Gesamtstrafe von 11 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Fast gleichzeitig war der Totale Kriegsdienstverweigerer Torsten Froese während des Prozesses gegen ihn verhaftet und in die JVA Weiterstadt eingelie-

setzt, sein Ergebnis ist noch nicht bekannt. Besonders drastisch ist auch der Fall des Totalen Kriegsdienstverweigerers Jörg Eichler, der Torsten Froese verteidigte und außerdem Redakteur von „Ohne Uns“ ist. Er sitzt seit drei Monaten in Untersuchungshaft.

Eichler war zum 1.7.98 zur Bundeswehr nach Pfreimd (Oberpalz) einberufen worden, dort aber nicht erschienen, da er Wehrdienst wie Zivildienst ablehnt. Im Rahmen einer Demonstration erschien er am 5.8. vor der Kaserne und gab sich dort zu erkennen, die Bundeswehr verzichtete hierbei jedoch auf eine Festnahme. Am 11.8. erließ das Amtsgericht Amberg Haftbefehl wegen angeblicher „Fluchtgefahr“: „Im Hinblick auf die zu erwartende Strafe muß bei vernünftiger Würdigung dieser Sachlage davon ausgegangen werden, daß sich der ledige Angeklagte dem Strafverfahren entziehen werde“, so der Haftrichter. Am 21.9. verwarf das Landgericht Amberg ein als Haftbeschwerde gewertetes Schreiben Eichlers, in dem dieser angekündigt hatte, sich dem Verfahren auf jeden Fall stellen zu wollen. Das sei, so das Landgericht, eine „bloße Zweckbehauptung, um die Aufhebung des gegen ihn bereits erlassenen



Die Hamburger Gruppe „Die Desertöre“ wendet sich seit einiger Zeit regelmäßig mit Pressemitteilungen an die „Lokalberichte Hamburg“. Das ist wichtig, weil nur so Öffentlichkeit entsteht und nur durch Öffentlichkeit Solidarität sich entwickeln kann. Eine Liste der Gruppen, die totale Krieg-

dienstverweigerer unterstützen, findet sich, neben einer Reihe von Berichten, in der Zeitung „Die Rote Hilfe“ 1/99. Interessierte können „Ohne Uns“ abonnieren (c/o Jörg Eichler, Altpieschen 5, D-01127 Dresden); die Internet-Adresse lautet:

„http://www.ohne-uns.kampagne.de

fert worden. Er stand zum zweiten Mal wegen sogenannter Dienstflucht vor Gericht; schon 1993 war er zu drei Monaten Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf zwei Jahre Bewährung, verurteilt worden. Obwohl laut Artikel 103, Abs. 3 GG niemand aufgrund derselben Tat mehrfach verurteilt werden darf, hatte das BAZ den zweiten Prozeß gegen ihn angestrengt und, nachdem die Staatsanwaltschaft am Landgericht und am Oberlandesgericht Frankfurt/M sich geweigert hatten, die Klage anzunehmen, auf dem Weg des Klageerzwingungsverfahrens durchgesetzt. Die Richterin ließ Torsten Froese völlig willkürlich verhaften, als er sich mit seinem Verteidiger zur Beratung auf den Gang zurückzog; nach 14 Tagen Haft hob das Landgericht Frankfurt den Haftbefehl als rechtswidrig auf. Das neue Hauptverfahren war für den 25.1. ange-

setzt. Am 5.11. wurde Eichler in einer Telefonzelle verhaftet und zunächst dem Haftrichter an seinem Wohnort Dresden vorgeführt, bevor er am 25.11. nach Amberg verlegt wurde. Seither wurden nicht nur weitere Haftbeschwerden abgelehnt und die Haft aufrechterhalten – u.a. mit den Behauptungen, er habe keine Meldeadresse, für die Fluchtgefahr sprächen auch die Kontakte zu im Ausland wohnenden Sympathisanten ... –, sondern die Rechte des Untersuchungsgefangenen mit Füßen getreten. So öffnete der Ermittlungsrichter Verteidigerpost von Eichler, in der verfahrensrechtliche Fragen diskutiert wurden, und veranlaßte obendrein noch die Weitergabe der Post an die Staatsanwaltschaft „zur Stellungnahme und Aktenvorlagen“; auch Privatpost wurde willkürlich beschlagnahmt. ssc

Kapitulation? Und wie geht es weiter?

Foto: arbeiterfotografie



KÖLN. Nun wird es tatsächlich eine erneute Einzelfallprüfung geben, der sich die Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl unterziehen. War er also nutzlos, der zwölfmonatige Kampf, wenn er in derselben Sackgasse endet, in der Tausende und Abertausende Flüchtlinge in Deutschland eingefangen werden, mit dem einzigen Ziel, sie danach abzuschieben? Haben die Betonpolitiker im Asylministerium gesiegt, die sich seit Beginn dieser Aktion geweigert haben, den Forderungen nachzugeben? Erst der nach einem landesweiten Abschiebestopp, dann auch der nach einem Gruppenschutz für die Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl?

Nicht ganz. Denn die Verteidiger des deutschen Asylrechts haben sich ebenso von Anfang an geweigert, das Wanderkirchenasyl als real existierenden Widerstand anzuerkennen. Es wurde in den aktuellen Landtagsdebatten in Tüddelchen „...“, als illegitime Aktion durchgeknallter Linksradikaler diffamiert (dubiose Verfassungsschutz-Dossiers über Mitorganisatoren machten die Runde), als politische Anmaßung von Kirchengemeinden bekämpft (die rheinische Kirchenleitung schleuderte ein um den anderen Bannstrahl) und immer wieder mit polizeilichen Mitteln anzuknabbern versucht (Festnahmen, Abschiebehaftanordnungen, Abschiebedrohungen).

Mit der Vereinbarung zwischen Flüchtlingen, Kirchengemeinden und der Kampagne „kein mensch ist illegal“ auf der einen Seite und dem Innenministerium auf der anderen Seite ist der Widerstand der Flüchtlinge faktisch anerkannt – die unerträgliche Situation illegalisierter kurdischer Flüchtlinge ist auch von offizieller Seite nicht länger zu leugnen. Die Flüchtlinge, die in dieser Aktion den Skandal der Illegalisierung und der Abschiebung in einen Folterstaat öffentlich gemacht haben, können – durchaus hoch erhobenen Hauptes – zu „ihrer“ Ausländerbehörde gehen und – mit einem „Empfehlungsschreiben“ des Innenministeriums in der Tasche – auf eine erneute und „wohlwollende“ Prüfung ihres Verfolgungsschicksals pochen. Vor Ort, in der weiteren konkreten Unterstützung der Flüchtlinge wird sich entscheiden, ob die Flüchtlinge dabei Erfolg haben und ein Bleiberecht erhalten. Unsere verrückte

Hoffnung ist, daß das für alle gelingt. Innerhalb und außerhalb Nordrhein-Westfalens.

Wenn ja, geht das sicherlich aufs Konto des Wanderkirchenasyls, das ohnehin schon 12 Monate lang den Abschiebestopp für hunderte kurdischer Flüchtlinge erzwungen hat. Wenn nein, wird das Wanderkirchenasyl weiterkämpfen. Für den Schutz aller TeilnehmerInnen der Aktion, für den Schutz aller kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei – und damit: raus aus der Sackgasse der herrschenden Asylpraxis.

Am Sonntag, 24.1., haben 72 kurdische Flüchtlinge zwei Kirchen in Oberhausen aufgesucht und darum gebeten, daß ihnen Unterkunft und Schutz gewährt werden mögen. Einige Flüchtlinge sind zum Teil bereits in anderen Kirchen untergebracht gewesen, andere haben bislang ergebnislos auf einen Platz in einer Kirche gewartet. Die große Mehrzahl der 72 Flüchtlinge gehört schon lange zur Gruppe der TeilnehmerInnen am Wanderkirchenasyl, ihre Namen sind auch dem Innenministerium bekannt. Jetzt, wo sicher ist, daß die Forderung nach dem Bleiberecht eines jeden Flüchtlings im Wanderkirchenasyl „wohlwollend“ und vor Ort geprüft wird, haben die, die derzeit noch ohne kirchliche Bleibe waren, sich selbst eine solche Bleibe gesucht. Sie wollen verständlicherweise nicht deshalb aus dem Prüfverfahren herausfallen, nur weil sie gerade ohne kirchliche Unterkunft waren. Wir hoffen mit ihnen auf eine solidarische Unterstützung der angefragten Kirchengemeinden.

Sicherlich werden sich andere kurdische, vielleicht auch Flüchtlinge aus anderen Ländern vom Wanderkirchenasyl ermutigen lassen. Denn die Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl haben ein Beispiel dafür gegeben, daß sich gemeinsamer und öffentlicher Widerstand gegen den Abschiebewahn lohnt. An der Aktion in Oberhausen nehmen denn auch einige Flüchtlinge teil, die erst jetzt dazugestoßen sind. Ob die Verantwortlichen begreifen, daß ihre Teilnahme auf nichts weiter als auf die Notwendigkeit verweist, endlich eine generelle humanitäre Lösung, einen generellen Schutz für kurdische Flüchtlinge in Deutschland zu beschließen?

ak

MVV entzieht sich der Kontrolle

Demokratieverzicht der Stadtverwaltung

MANNHEIM. Nachdem der Stadtrat von Mannheim am 20. Oktober letzten Jahres den Weg der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) an die Börse für dieses Jahr beschlossen hat, war der weitere Weg schon vorgezeichnet

Beteiligungen und Übernahmen anderer Energieversorgungsunternehmen sind eingeplant. Mit ihrer Unternehmenstochter MVV Polska GmbH, mit einem Joint Venture mit der kroatischen staatlichen Erdgasgesellschaft INA und einem geplanten Engagement mit der palästinensischen Stadt Betlehem wegen der Planung, des Baus und der Betriebsführung einer Müllverbrennungsanlage verstrickt sich die MVV auch immer mehr in internationale Geschäfte und wird selbst zum Multi. Mit einem kommunalen Unternehmen hat die MVV immer weniger zu tun.

Der nächste Schritt ist nun vorgezeichnet. Die Stadt und ihre politischen Gremien sollen auf die Kontrolle der MVV verzichten und auf Entscheidungen des Unternehmens keinen Einfluß mehr ausüben können. Für CDU-Fraktionschef Schmitt ist klar: „Mit der Firma verhandelt ja keiner mehr, wenn die Interna kurz darauf im Gemeinderat diskutiert werden.“ Ähnlich argumentiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Kurz. Der Zu- und Verkauf von Unternehmensbeteiligungen werde in Zukunft normal sein auf dem liberalisierten Energiemarkt. „Die Politik muß sich aus dem operativen Geschäft heraushalten.“

Die ursprüngliche Absicht von OB Widder (SPD) und seiner Stadtverwaltung die Hauptsatzung des Gemeindeverwaltung zu ändern, wurden wegen Widerständen bei den Grünen und Teilen der SPD aber wieder zurückgezogen. Yvette Bödecker von der grünen Gemeinderatsfraktion: Die Vorlage beziehe sich nicht nur auf die MVV, sondern auf alle städtischen Gesellschaften. Sie verstoße gegen die Gemeindeordnung, die vorschreibe, daß der Gemeinderat zuständig sei für „die Beschlußfassung über die Verfügung über Gemeindevermögen, die für die Gemeinde von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ist ...“

Nun hat die Stadtverwaltung – wohl hauptsächlich aus der Angst heraus, rechtswidrig zu handeln – ihre Vorlage zur Änderung der Hauptsatzung zurückgezogen, aber dennoch soll die MVV Energie AG durch die Hintertür grünes Licht erhalten, um Unternehmensbeteiligungen zu kaufen oder zu verkaufen. Die MVV solle demnächst eine börsennotierte Aktiengesellschaft werden, außer dem Vorstand und den Aktionären könne deswegen niemand mitentscheiden, so Oberbürgermeister Widder. scr

Nazis mußten Aufmarsch abbrechen

KIEL. Erstmals seit über 25 Jahren wollten Alt- und Neonazis am 30. Januar 1999 durch die Straßen Kiels ziehen. Zwar hatte die Stadt Kiel den Nazi-Aufmarsch Mitte Januar verboten, doch das Verwaltungsgericht Schleswig hatte den Jungen Nationaldemokraten, die in Person des Lübeckers Jörn Lemke als Anmelder aufgetreten waren, erlaubt zu marschieren und den Kieler Wilhelmplatz, auf dem die Nazis nach der Machtübertragung Bücher verbrannt hatten, als Treffpunkt zugesprochen. Anlaß für den Nazi-Aufmarsch war die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, die seit dem 8. Januar im Kieler Landeshaus gezeigt wird und sich dort – ebenso wie ein umfangreiches Begleitprogramm – sehr großen Interesses erfreut.

Gegen die Ausstellung hatte es bereits im Vorfeld eine Kampagne der Rechten gegeben: Die öffentlichen Stellungnahmen der CDU zur Ehrenrettung der Wehrmacht unterschieden sich dabei bisweilen nur wenig von der Hetze der Alt- und Neonazis. Die SPD Schleswig-Holstein hat zu den üblen Attacken auf ihr Parteimitglied, Landtagspräsident Hans-Werner Arens, der die Ausstellung ins Landeshaus geholt hatte, weitgehend geschwiegen. Auch gegenüber dem seit Mitte Dezember bekannten Nazi-Aufmarsch blieb man lange stumm. Erst später rangen sich vereinzelt prominente SozialdemokratInnen zur Unterstützung der von einem breiten Bündnis vorbereiteten Gegendemonstration durch, so z.B. Ulrike Rodust von der SPD Rendsburg-Eckernförde. Eine politische Bankrotter-

klärung bedeutete dagegen eine Erklärung, die u.a. von Willi Piecyk – für die SPD Schleswig-Holstein, Peter Deutschland – für den DGB Nordmark und Horst Herchenröder – für den Kieler DGB unterzeichnet wurde. Darin hieß es wenige Tage vor dem Nazi-Aufmarsch u.a. „Sollte das Demonstrationsverbot der Stadt Kiel gerichtlich aufgehoben und gegen den Aufmarsch der Neonazis protestiert werden, haben wir Verständnis, wenn Menschen unabhängig von ihren sonstigen politischen Überzeugungen, dagegen friedlich und gewaltfrei protestieren.“

Man „hat Verständnis“ – in Sonntagsreden und in papiernen Erklärungen fällt es den Spitzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften leicht, von Zivilcourage und der Notwendigkeit antifaschistischer Proteste zu reden. Bei der tatkräftigen Umsetzung sind sie schon viel seltener zu sehen.

Seit Ende Dezember hatte sich in Kiel auf Initiative von Avanti – Projekt Undogmatische Linke und des grünen-nahen Bildungswerkes anderes lernen e.V. ein Antifaschistisches Aktionsbündnis entwickelt, das unter der Losung „Den Nazi-Aufmarsch verhindern!“ zu einer Demonstration und weiteren Gegenaktionen aufrief. In dem schließlich von über 80 Gruppen und Organisationen aus ganz Schleswig-Holstein unterzeichneten Aufruf hieß es abschließend:

„Wir werden die Diffamierung der Ausstellung und den Nazi-Aufmarsch in Kiel nicht hinnehmen. Da wir uns nicht darauf verlassen können, daß die Nazi-Demonstration von staatlicher Seite unterbunden wird, sehen wir in einer eigenständigen Mobilisierung den entscheidenden Beitrag zur Verhinderung der Nazi-Aktivitäten am 30. Januar. Unsere Demonstration und begleitende Aktionen zielen darauf ab, den Nazis eine Niederlage zu bereiten. Kommt zur antifaschistischen Kundgebung und Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Kiel und die braunen Umtriebe in Schleswig-Holstein!“ Das Bündnis hatte sich im Vorfeld auf ein Konzept verständigt, welches eine große Demonstration mit

Störaktionen kombiniert. Ziel der politisch gemeinsam getragenen Aktionen war es, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern bzw. den Nazis eine Niederlage beizubringen. Die Demonstration sollte allen Interessierten die Möglichkeit geben, öffentlich und gemeinsam mit anderen gegen die Nazis und die braunen Umtriebe zu demonstrieren. Das Bündnis unterstützte darüber hinaus politisch Proteste und Aktionen an der Route der Nazi-Demonstration (z.B. Transparente, antifaschistische Parolen, Blockaden), weil dies den Nazis direkt zeigt, daß sie in Kiel unerwünscht sind und sich ihnen Protest und Widerstand entgegenstellen.

Dem Aufruf des Antifaschistisches Aktionsbündnis folgten am 30. Januar über 2500 Menschen. Auch 150 AntifaschistInnen aus Dänemark waren angereist, um internationale Solidarität zu zeigen.

In spontaner Abänderung der angemeldeten Route – und für die Polizei überraschend – gelang es, die Route der Nazis zu blockieren. Während sich an dieser Aktion des zivilen Ungehorsams über 1000 Menschen beteiligten, hatten andere Gruppen bereits an anderen Stellen des geplanten Nazi-Aufmarsches für massive Störungen gesorgt. Nachdem die Nazis nach mehreren Stunden nur wenige hundert Meter Strecke zurückgelegt hatten, brachen sie ihren Aufmarsch völlig genervt ab und wurden von der Polizei zu ihrem Startpunkt zurückerkorrkt. Der Nazi-Aufmarsch stand unter Leitung der Hamburger Neonazis Worch und Wulff und war im wesentlichen eine Versammlung von militanten Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet, unter ihnen auch Friedhelm Busse, Thorsten Heise und Oliver Schweigert; demoralisiert und frierend fuhren die Nazis davon, auch wenn Worch in seiner Abschlusrede die Nazi-Aktion zu einem Erfolg umzulügen versuchte.

Trotz 59 Festnahmen und einiger Verletzter stellt dieser 30. Januar 1999 in Kiel für die antifaschistische Bewegung einen politischen Erfolg dar:

1. Es hat eine große antifaschistische Bündisdemonstration gegeben, die sich eindeutig gegen den Nazi-Aufmarsch und die Kampagne der Reaktion gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ richtete;

2. Eine große Zahl von Menschen hat sich an einer Blockade der Nazi-Demonstrationsroute beteiligt und mit dieser Überschreitung des Gesetzes ihren ernsthaften Willen dokumentiert, die Bewegungsmöglichkeiten der Nazis einzuschränken.

3. Zusammen mit den Störaktionen direkt am Nazi-Aufmarsch ist eine Situation entstanden, in der die Nazis sich mit einem Viertel der von ihnen geplanten Route zufriedengeben mußten und in der sie eingeschüchtert und frustriert die Stadt verlassen mußten.

In Kiel ist den Nazis eine politische Niederlage gebracht worden. VF



Aufruf zum Ostermarsch '99 in Sachsen

Auch dieses Jahr findet der Ostermarsch als 3tägige Fahrradtour statt, diesmal in die Colbitz-Letzinger Heide, 3.-5. April.

Wie gern würden wir friedlich und nur zum Spaß durch diese herrliche Landschaft radeln. Doch jeden Tag nimmt die Bedrohung unseres Lebens zu, gewinnen die Militärs immer mehr an machtpolitischem Einfluß.

Die Bundeswehr wird zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgebaut, die sich auf modernste Waffen stützen kann und ungeheure Ressourcen verschlingt. Alles nur, um die weltweiten Interessen des deutschen Kapitals nach ungehindertem Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffquellen in aller Welt zu sichern.

Dafür wird die Colbitz-Letzinger Heide zum modernsten Truppenübungsplatz der NATO ausgebaut; 1,3 Milliarden DM sollen hierfür ausgegeben werden, das heißt, diese Gelder werden im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt.

Noch 1994 hat Rudolf Scharping eine friedliche Nutzung der Heide versprochen, wie die SPD insgesamt vor der Wahl eine neue Politik versprochen hat. Statt dessen zeichnet sich ab, daß die aggressive, auf Militäreinsätze in aller Welt ausgerichtete Politik, daß der tödliche Wahnsinn der Politik des atomaren Erstschlags weitergeführt wird.

- Was nützt eine neue Regierung, wenn es keine neue Politik gibt?
- Wir brauchen Arbeitsplätze statt Militäreinsätze!!!
- Wir brauchen endlich konsequente atomare Abrüstung!!!

Der neue Verteidigungsminister Scharping hat auch gefordert, daß der Rüstungshaushalt nicht gekürzt wird. Und fast die gesamten Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne tragen, entgegen den Beschlüssen ihrer Parteibasis, die völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Kriegeinsätze in Jugoslawien mit. (...) Statt auf das teuerste Rüstungsprojekt aller Zeiten, den Eurofighter 2000 zu verzichten, wird im Gesundheits- und Pflegebereich, im Bildungs- und Kultursektor sowie bei infrastruktur- und umweltbezogenen öffentlichen Investitionen der Rotstift angesetzt.

Für uns gehört der Widerstand gegen alle Formen der Militarisierung, der Rüstung und gegen Kriege unlösbar mit dem sozialen und dem antifaschistischen Widerstand zusammen, weil die rassistische und unsoziale Innenpolitik und die militaristische Außenpolitik in gleicher Weise Ausdruck kapitalistischer Wirklichkeit sind. Für uns gilt: „Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg!“ (...)

(aus dem Aufruf des Ostermarschbüros, Braustr. 15, c/o PDS, Leipzig)



Antifaschisten demonstrierten in Berlin

Demo gegen die CDU-Hetzkampagne

Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 24. Januar vom U-Bahnhof Karl-Marx-Straße gegen die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Unter den Losungen „Unterschreibt nicht – Zerreißt die Unterschriftenlisten. Schluß mit der rassistischen Hetze. Weg mit den rassistischen Sondergesetzen. Offene Grenzen für Alle“ kritisierten sie die Kampagne der Union. „CDU/CSU benutzen die auf völkischen Ideen beruhenden Schlagwörter von der ‚grundlegenden Zerstörung von Volk und Kultur‘ und von ‚Zersetzung der nationalen Identität‘ zur politischen Stimmungsmache und argumentieren mit einer potentiell-

len Deklassierung der ‚Blutsdeutschen‘.

Die Union schürt nationalistische Emotionen und offenen Rassismus; sie versteht ausgrenzende Parolen mit dem ‚seriösen‘ Anstrich einer bürgerlichen Partei. Entsprechend haben die kleineren neofaschistischen Parteien NPD, DVU und Republikaner die Kampagne erfreut begrüßt“, hieß es in einem Flugblatt, das unter der Überschrift „Unterschriften für Rassismus?“ zu der Demonstration aufgerufen hatte. *rül*

Grabzeichen erinnert an NS-Justizmord vor 65 Jahren

Leipzig ehrt Marinus van der Lubbe

Auf Vorschlag der PDS und einem entsprechenden Beschluß des Stadtrates vom Oktober 1997 folgend, fand am dem Leipziger Südfriedhof am 13. Januar eine denkwürdige Ehrung statt.

Anläßlich seines 90. Geburtstages wurde für den holländischen Maurer und Rätekommunisten Marinus van der Lubbe, der als vermeintlicher Reichstagsbrandstifter am 10. Januar 1934 - drei Tage vor seinem 25. Geburtstag - in der Messestadt hingerichtet und wenig später hier anonym beerdigt worden war, der Grundstein für eine würdige letzte Ruhestätte gelegt. In Anwesenheit von Vertretern der Botschaft des Königreichs der Niederlande, Politikern aus van der Lubbes Geburtsstadt Leiden und Journalisten aller großen holländischen Medien enthüllten die Nichten des eigentlichen Opfers des Reichstagsbrandprozesses, Elisabeth van der Lubbe und Adriane Derix-Sjadrijn, ein Grabzeichen.

Das von dem holländischen Künstlerduo Ron Sluik und Reinier Kurpershoek



gestaltete und von der Stiftung „Ein Grab für Marinus van der Lubbe“ finanzierte Kunstwerk zeigt neben den Lebensdaten van der Lubbes die dritte Strophe seines 1933 im Gefängnis verfaßten Gedichts „Schoonheid, schoonheid“. Die beiden anderen Strophen sind auf zwei demnächst in Leiden und Ber-

lin aufzustellenden Steinen abgebildet, die nach den Intentionen der Künstler mit dem jetzt in Leipzig aufgestellten Stein ein zusammenhängendes Denkmal bilden sollen.

In seiner Ansprache in unmittelbarer Umgebung der Grabstätte würdigte der 1. Sekretär der Außenstelle der niederländischen Botschaft, Gerhard Kersten, van der Lubbe als „leidenschaftliche Persönlichkeit, die nicht müde wurde, Mißstände und Unrecht an den Pranger zu stellen.“ Mit Blick auf den Reichstagsbrand 1933 und seine Hintergründe stellte er darüber hinaus unmißverständlich fest: „Die Aufklärung aller Facetten dieses Ereignisses steht noch aus.“ Auch Alexander Pechtold, der Leidener Beigeordnete für Kultur und Tourismus, sprach von „düsteren Kräften“, die Marinus van der Lubbe seinerzeit „mißbraucht“ hätten. *V.K., aus: Leipzigs Neue, 22.1.99*

Das Adlon-Hotel und „durchschnittliche mitteleuropäische Gegebenheiten“

BERLIN. Dagegen habe die deutsch-afrikanische Studentin Jocelyne N. mit ihrer Frisur (200 feine Zöpfchen) verstoßen, als sie über eine Zeitarbeitsfirma im letzten Jahr im Hotel Adlon arbeiten wollte. Folge, sie wurde, statt im Empfang des Hotels zu arbeiten, in die Küche abgeschoben und schließlich am dritten Arbeitstag nach Hause geschickt.

Eine Schadensersatzklage der diskriminierten Studentin endete nun mit einem Vergleich. Das Hotel setzt sich für eine Verdienstausschüttung ein, beharrt aber auf dem Standpunkt, daß die Zeitarbeitsfirma Jocelyne N. nicht hätte einsetzen dürfen. Das Hotel verweigerte entsprechend auch jede Entschuldigung.

Jocelyne N. hatte sich durch das Hotel „gedemütigt“ und „geohrfeigt“ gefühlt und billigte den Vergleich nur, um ein monatlanges Verfahren zu vermeiden.

ard, aus: Berliner Berichte 2/99

Transrapid: Kostenübernahme offen

BERLIN. Die Baukosten soll nach Berechnungen der Planungsgesellschaft auf 7,2 Milliarden DM steigen. Das Eisenbahnbundesamt kommt sogar auf 7,7 bis 8,9 Milliarden DM. Damit ist die Realisierung offen. Die Bonner Koalition steht zu ihrer Zusage bei Kosten von 6,1 Milliarden DM.

Hoffentlich reicht der öffentliche Druck und der Widerstand bei den Grünen, daß der Regierung nicht noch eine „Schönrechnung“ gelingt. Nach Einschätzung des Verkehrsministeriums geht die Industrie bereits auf Distanz. Mit Steuergeldern baut es sich eben leichter, dazuschießen wollen sie nicht.

So bleibt der Transrapid hoffentlich Phantom, bevor noch mehr öffentliche Mittel verbraten werden. *ard*

KOMMUNALE POLITIK

BÜRGERBEGEHREN:

Hamburg. Die Initiative „Niendorfer für den Grünen Ring“ hat im Bezirksamt Eimsbüttel 6450 Unterschriften gegen die Pläne zur Bebauung einer Grünfläche eingereicht. Damit kann es zum ersten Bürgerentscheid in Hamburg kommen. Drei Prozent aller Wahlberechtigten in einem Bezirk sind erforderlich, um eine Volksabstimmung zu erzwingen. Die Niendorfer Initiative will eine andere als die vom Bezirk geplante Nutzung der Wiese erreichen. Während der Bezirk die Fläche weitgehend bebauen will, wollen Anwohner dort einen Sportplatz anlegen.

WOHNGELD: *Bonn.* Der Deutsche Mieterbund (DMB) hat die rot-grüne Koalition zu einer echten und mittelfristig abgesicherten Wohngeldreform aufgefordert. Die bislang von Finanzminister Lafontaine eingeplante Aufstockung des Etats um 500 Mill. DM könne allenfalls ohnehin steigende Wohngeldausgaben des Bundes decken, die sich aus der wachsenden Zahl von Sozialhilfeempfängern ergäben, erklärte DMB-Direktor Franz-Georg Rips in Bonn. Der Finanzbedarf für eine „Vernünftige Wohngeldreform“ belaufe sich auf zusätzlich 1,5 bis 2,5 Mrd. DM jährlich. Ähnlich äußerte sich der Bauminister von Nordrhein-Westfalen, Vesper (Grüne). Die Erhöhung der Bundesmittel um 500 Mill. DM reiche nicht aus. „Die Wohnungspolitik von Rot und Grün müssen in dieser Frage glaubwürdig bleiben“, erklärte Vesper. Lafontaine hatte zuvor die Erhöhung der Bundesmittel verweigert.

KOMMUNALFINANZEN: *Bonn.* Nach Angaben des Deutschen Städtetages (DST) konnten die Kommunen 1998 dank sinkender Gesamtausgaben und steigender Einnahmen ihr Finanzdefizit von 6 Mrd. DM auf 0,2 Mrd. DM reduzieren. Damit ist der kommunale Haushalt erstmals seit 1989 beinahe ausgeglichen. Die positive Entwicklung der Finanzlage sei auf einmalige Zuwächse aus der Gewerbesteuer und auf Vermögensverkäufe zurückzuführen, sagte die Städtetagspräsidentin Petra Roth. Für das nächste Jahr rechnet der DST mit sinkenden Einnahmen und einem Gesamtdefizit in Höhe von 3,6 Mrd. DM. Ursache seien die zu erwartenden rückläufigen Einnahmen in den alten Ländern. Der Fehlbetrag dort werde bei 2 Mrd. DM liegen, in den neuen Ländern 1,6 Mrd. DM betragen. 1998 stiegen die Einnahmen der Städte und Gemeinden um 1,8% (5 Mrd. DM) auf 278,1 Mrd. DM. Die Gesamtausgaben gingen um 0,3% auf 279,1 Mrd. DM zurück. Diese Ausgabenreduzierung sei unter anderem das Ergebnis stabil gebliebener Ausgaben für die Sozialhilfe. Städtische Programme wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ und Erlöse aus der Pflegeversiche-

rung hätten die Kommunen entlastet. Allerdings sei die Entwicklung aufgrund der auf einige Branchen konzentrierten Gewerbesteuereinnahmen für die Städte recht unterschiedlich. Zu den Verlierern gehörten auch die ostdeutschen Kommunen. Während die Westdeutschen Kommunen ein Einnahmeplus von 2,6% aufweisen, verharren die ostdeutschen Städte bei sinkenden Einnahmen und einem Defizit von 1,7 Mrd. DM.

GEWERBESTEUER: *Bonn.* Städte und Gemeinden wehren sich gegen die Pläne der Bundesregierung, die Gewerbesteuer durch eine allgemeine Betriebssteuer von 35 % zu ersetzen. „Wir sagen ganz entschieden: Hände weg von der Gewerbesteuer“, erklärte Städtetagspräsidentin Roth. Es sei nicht verständlich, daß Bundesfinanzminister Lafontaine die wichtigste Finanzquelle der Städte abschaffen wolle, noch bevor die in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung angekündigte Prüfung des Gemeindefinanzsystems als Vorstufe zu einer Gemeindefinanzreform stattgefunden habe. Roth forderte die Beteiligung der Städte an allen sie betreffenden Finanzentscheidungen. Die Städte müßten weiterhin das Recht haben, Hebesätze entsprechend der regionalen Entwicklung und den Bedürfnissen freizulegen. Sie kritisierte weiterhin die Kindergeldreform. Der Direktabzug des Kindergeldes von der Einkommenssteuer mindere die Einnahmen der Kommunen um 8,4 Mrd. DM. Die Entschädigung der Länder betrage aber nur 2,5 Mrd. DM. Durch den Verlust der Einnahmen finanzierten die Städte und Gemeinden das Kindergeld indirekt mit. Dadurch würden bundesstaatliche Aufgaben auf die Kommunen verlagert.

KOMMUNALE ENTSORGUNG: *Bonn.* Der Verband Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS) forderte Planungs- und Investitionssicherheit für die kommunalen Betriebe und Zweckverbände. Angesichts der überregionalen Monopolbildung in der privaten Entsorgungswirtschaft müsse die Bundesregierung mehr Chancengleichheit ermöglichen. Gesetzgeberische Fehlentwicklungen haben zu einer fehlenden Auslastung hochwertiger kommunaler Abfallbehandlungsanlagen und zu steigenden Gebühren für Wirtschaft und Verbraucher geführt. Nötig seien z. B. gleiche Standards für moderne Müllverbrennungsanlagen und thermische Verwertungsanlagen der Industrie wie beispielsweise Zement- oder Stahlwerke. Nur durch eine eindeutige rechtliche Abgrenzung von Abfällen zur Verwertung und Abfällen zur Beseitigung könne die heute praktizierte Scheinverwertung und der Mülltourismus vermieden werden.

Zusammenstellung: ulj

IG Medien: Unternehmer fördern Boulevard-Einheitssauce. So kennzeichnet die IG Medien die Pläne von Gruner+Jahr, die überregionale Berichterstattung von *Berliner Kurier*, der *Hamburger Morgenpost* und *Kölner Express* künftig von einer zentralen Agentur vornehmen zu lassen. Die Betriebsräte der betroffenen Zeitungen schätzen, daß 50 Arbeitsplätze wegfallen sollen. Die IG Medien protestiert gegen die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen und warnt vor der Verflachung der Berichterstattung. Die „Einheitssauce-Berichterstattung“ führe dazu, daß sich die Zeitungsunternehmen den Ast absägten, auf dem sie sitzen, weil das Leserinteresse schwinde.

ABFINDUNGEN: Regelung immer noch „arbeitnehmerfeindlich“. Wegen der Besteuerung von Abfindungen haben sich Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper der Firma Haldex Bremsen in Heidelberg erneut an die zuständigen Ministerien, Fraktionen sowie DGB und IG Metall Vostände gewandt.

Bereits im vergangenen Jahr hatten sie gegen die Absicht der rot-grünen Regierung protestiert, künftig Abfindungen bei Entlassungen kräftig zu besteuern. Inzwischen hatte die Regierung eben aufgrund solcher gewerkschaftlichen Proteste erklärt, sie rücke von „arbeitnehmerfeindlichen“ Regelungen ab. Hier Auszüge aus dem Brief der Haldex-Gewerkschafter vom 26. Januar:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Presse haben wir letzte Woche entnommen, daß im Rahmen von Arbeitsgruppen des Bündnisses für Arbeit auch eine Experten-Gruppe zum Thema Anrechnung und Besteuerung von Abfindungen getagt und bestimmte Ergebnisse vorgelegt hat. Zwar ist zu begrüßen, daß danach ab 7.4.1999 grundsätzlich keine Anrechnung von Entlassungs-Entschädigungen auf das Arbeitslosengeld erfolgen soll. Unbefriedigend ist jedoch, daß jenes von CDU/CSU verabschiedete Gesetz nicht abgeschafft, sondern „bis zu einer umfassen-

den Neuregelung nur ausgesetzt“ werden soll und dies außerdem „unter Finanzierungsvorbehalt“ steht.

Ebensowenig sind wir betreffend der geplanten Besteuerung von Abfindungen der Ansicht, daß von einem Erfolg gesprochen werden kann... Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Joachim Poß, ist anläßlich der Tagung der Expertengruppe zitiert worden, „durch punktuelle Nachbesserungen werde die künftige Besteuerung von Abfindungen so geändert, daß sie nicht arbeitnehmerfeindlich ausfalle“ (Handelsblatt, 18.1.1999). Nach dem ursprünglichen Entwurf vom November 1998 wären (mit 55 Jahren und 20 Jahren Betriebszugehörigkeit bei 80000 DM Jahresbruttolohn in Steuerklasse III/0) für eine Abfindung von z.B. 100000 DM statt bisher 21878 DM in Zukunft 45952 DM an Steuern und Solidaritätszuschlag zu zahlen gewesen, 24074 DM mehr. Mit der letzte Wochen angekündigten Änderung würde in diesem Beispiel immer noch eine Steuerbelastung von 37904 DM bleiben, also eine Erhöhung um 16026 DM, gegenüber bisher sind das 73,3% mehr. Vom obigen Versprechen scheint also leider nicht viel übriggeblieben zu sein.

Wir bitten daher um Überprüfung und nochmalige, wirkliche Nachbesserung des Gesetzesentwurfs, damit die Neuregelung sich tatsächlich „nicht arbeitnehmerfeindlich“ auswirkt und erwarten diesbezügliche Stellungnahme.

GEWERKSCHAFTEN VERURTEILEN KAMPAGNE GEGEN DOPPELTAATS-BÜRGERSCHAFT. Die Unterschriftenkampagne der Parteiführungen von CDU und CSU gegen die von der Bundesregierung geplante Möglichkeit, für Ausländerinnen und Ausländer auch bei Beibehaltung ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft deutsche Bürgerinnen und Bürger werden zu können, gefährdet nach Ansicht der fünf Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich das friedliche Zusammenleben in Deutschland.

Die Vorsitzenden der Gewerkschaften DAG, Roland

Issen, DPG, Kurt van Haaren, HBV, Margret Mönig-Raane, IG Medien, Detlef Hensche, und ÖTV, Herbert Mai, bezeichneten die Aktion am 26. Januar in Frankfurt am Main als eine „Belastung für das Zusammenleben der deutschen und ausländischen Mitbürger“. Wenn CDU/CSU ernsthaft jemals die Integration und rechtliche Gleichstellung von Ausländern in Deutschland wollten, dann hätten sie in ihrer Regierungszeit ausreichend Zeit zum Handeln gehabt.

Welche Geister die Initiatoren mit ihrer Unterschriftenaktion gerufen hätten, das zeigten der Beifall und die Unterstützung aus dem rechtsextremistischen und rassistischen Lager. „Die Führungen von CDU/CSU sollen zur Toleranz zurückkehren und sich in einer sachlichen Form an der Lösung schwieriger innenpolitischer Fragen beteiligen, statt in der Öffentlichkeit böse Emotionen und ausländerfeindliche Stimmungen zu schüren“, forderten die Vorsitzenden der fünf Gewerkschaften.

Das vorgesehene Einbürgerungsrecht sei längst überfällig und werde endlich den Realitäten des De-facto-Einwanderungslandes Deutschland gerecht. Die geplante doppelte Staatsbürgerschaft sei im übrigen schon seit Jahren in fast allen EU-Ländern sowie in den USA gang und gäbe und werde von den dortigen Bevölkerungen akzeptiert. (gemeinsame Pressemeldung von DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV v. 26.1.99)

DGB-WÜNSCHE AN DIE BUNDESREGIERUNG. Zu den Reformperspektiven im Arbeitsrecht für das 1999 gehört nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Korrektur des Arbeitszeitgesetzes. In diesem Zusammenhang habe die bayerische Landesregierung national wie international ein falsches und gefährliches Signal gesetzt, indem sie den Dreikönigstag im Bankgewerbe Feiertagsarbeit genehmigte.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kofer warnte am Dienstag in Bonn davor, Deutschland zum Vorreiter für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

im Bankgewerbe zu machen.

Dringend korrigiert werden müsse auch die verfassungswidrige Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld, und zwar möglichst noch vor dem Auslaufen der Vertrauensschutzregelung im April dieses Jahres.

Dort, wo Eingliederungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen, wie z. B. im Wege von Transfer-Sozialplänen erfolgen könnten, sollten die Abfindungen zur Beschäftigungssicherung genutzt werden.

Zur Stärkung der Tarifautonomie gehöre ein Verbandsklagerecht der Tarifvertragsparteien zur Wahrung und Durchsetzung tariflicher Regelung in kollektiven Angelegenheiten sowie gesetzlicher Mindestregelungen. Damit würde nicht nur der Aushöhlung von Arbeitsbedingungen entgegengewirkt, sondern Wettbewerbsverzerrungen könnten behoben und die Einhaltung von Tarifverträgen auch und gerade gegenüber dem einzelnen Arbeitgeber durchsetzbar werden.

Zur Selbstregelung der anstehenden Veränderungen in den Betrieben und Verwaltungen durch Umstrukturierungen in den Unternehmen und Konzernen sowie Outsourcing ist darüber hinaus eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes unerlässlich. Der notwendige Schutz des Betriebsrats muß auch den abhängig Beschäftigten in neuen Arbeitsformen oder ausgliederten Betriebseinheiten zukommen.

Um phantasielosem Personalabbau entgegenzuwirken, sind Initiativ- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Maßnahmen der Qualifizierung und der Beschäftigungssicherung notwendig.

Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen müssen durch ein Gleichstellungsgesetz endlich gezielt angegangen werden und dabei auch handfeste durchsetzbare Regelungen im Arbeitsrecht, wie z. B. den Rechtsanspruch auf familienbedingte Teilzeit, mit sich bringen. Verbindliche Zielvorhaben für die Frauenförderung sowie ein adäquates Controlling gehören hierzu.

Zusammenstellung: alk, har

Der Leere-Kassen-Blues mit rot-grüner Melodie

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sind ergebnislos auf den 9. Februar vertagt worden. Die Gewerkschaftsforderung nach 5,5% höheren Einkommen erwiderten die öffentlichen Arbeitgeber mit Gegenforderungen. So verlangt die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) die Rückkehr von der 38,5- zur 40-Stunden-Woche. Arbeitszeitmodelle zu einer täglichen Rahmensarbeitszeit oder zu einem Arbeitszeitkorridor sollen geregelte Arbeitszeiten unterhöhlen und gleichzeitig sollen Ansprüche auf Überstundenzuschläge massiv eingeschränkt und die Vergütung für Rufbereitschaften verschlechtert werden. Zielscheibe sind damit Beschäftigte, die besonders unter ungünstigen Dienstzeiten zu leiden haben, für die es im öffentlichen Dienst – im Vergleich zur Industrie – sowieso nur lächerliche Zuschläge gibt. Darüber hinaus will die VKA auch die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wieder auf den Prüfstand bringen. Die öffentlichen Arbeitgeber untermauerten ihre Tarifizziele mit Argumenten, die sich durch nichts von den Phrasen aus den vorangegangenen Tarifaufeinandersetzungen unter konservativ-liberaler Regierung unterscheiden. Die Gewerkschaft ÖTV bekräftigte die Finanzierbarkeit ihrer Forderung mit der Steigerung der Steuereinnahmen im Durchschnitt von Bund, Ländern und Gemeinden um ca. 4,6% oder 37 Mrd. DM. Notwendig ist eine deutliche Einkommenssteigerung im öffentlichen Dienst allemal. Zwischen 1992 und 1998 ist die Entwicklung der Realeinkommen im öffentlichen Dienst um 4% hinter der Einkommensentwicklung der privaten Wirtschaft zurück geblieben.

kar

Tarifrunde Metall

Schluß mit lustig

So überschreibt die IG Metall Baden-Württemberg ihre Metall-Nachrichten, in denen sie massive Warnstreiks ankündigt. Wir zitieren weiter:

Die Arbeitgeber haben in der dritten Verhandlung für Baden-Württemberg am



Vor dem Verhandlungslokal in Ludwigsburg am 28. Januar



300 Bank-Beschäftigte demonstrierten am 28.1.99 gegen die andauernde Provokation der Banken: Null-Angebot. Statt dessen fordern die Banken weiterhin den Sonnabend als Regelarbeitstag, Arbeit an Feiertagen sowie die Umwandlung des tariflichen 13. Gehalts in „Leistungsbezogene Entgeltbestandteile“. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen und auf Anfang März vertagt.

28. Januar kein Angebot vorgelegt, lediglich einen Lösungsvorschlag. Dieses Pseudo-Angebot von 2 Prozent und 0,5 Prozent als betriebsabhängiger Einmalbetrag ist eine Provokation für die Beschäftigten. Die Unternehmer brauchen offensichtlich Druck. Das Mandat wird in die Betriebe zurückgegeben. Wir treten ab sofort mit Warnstreiks für unsere Forderungen ein. Friedenspflicht zu Ende. Am 28. Januar, Punkt Mitternacht, ist die Friedenspflicht zu Ende gegangen. Ab 29. Januar machen wir Druck in den Betrieben. Auch der nächste Verhandlungstag am 3. Februar ist Aktionstag. In dieser ganzen Woche sind Warnstreiks geplant. Wir zeigen, daß wir uns nicht mit einem Butterbrot abspesen lassen. Die Beschäftigten wollen ihren gerechten Anteil an den guten bis sehr guten Ergebnissen in den Betrieben. Die Unternehmer reden die Konjunktur kaputt. Die Unternehmer haben sich den Protest der Belegschaften selbst zuzuschreiben. Mit ihrer Hinhaltetaktik haben sie die Zeit der Friedenspflicht vergeudet.

Aktionen in Berlin

Auch in Berlin werden gegen das provokative Angebot der Metallarbeitgeberverbände von zwei Prozent Warnstreiks organisiert. Den Anfang machen am Montag, den 1. Februar die Kolleginnen und Kollegen von Otis und Borsig, am Dienstag folgen BMW, Bosch-Siemens-Hausgerätewerk und Bosch, am Mittwoch folgt DaimlerChrysler. Die Planung steht. Weitere Betriebe werden sich anschließen. Insgesamt jedoch wird die Warnstreikphase nicht wochenlang andauern. Wenn die Arbeitgeber kein deut-

lich verbessertes Angebot vorlegen, werden voraussichtlich noch vor Mitte Februar Urabstimmungen über den Erzwignungsstreik, wahrscheinlich in NRW oder Baden-Württemberg durchgeführt.



Warnstreik am 1. Februar in Berlin

ÖTV Baden-Württemberg

Krankenhaus-Arbeitgeber fordern Verschlechterungen

Zum Beginn der Tarifverhandlungen für die Krankenhäuser am 22.1.1999 legten die Arbeitgeber Forderungen vor, die die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Krankenhausbeschäftigten massiv verschlechtern würden.

Bei der Arbeitszeit fordern sie eine Generalklausel in den Tarifverträgen, die Dienst- und Betriebsvereinbarungen mit abweichenden Regelungen zum Arbeitszeitgesetz ermöglicht. Unter anderem soll die tägliche Arbeitszeit bis zu zwölf

und bei Nacht- und Schichtarbeit bis zu 13 Stunden dauern, wenn im Ausgleichszeitraum 8 Stunden nicht überschritten werden. Die Ruhezeit soll auf acht Stunden reduziert werden. Nach einem Bereitschaftsdienst mit einer Ruhezeit von 5,5 Stunden soll eine normale Arbeitsschicht folgen. Die Arbeitszeitverkürzung durch einen freien Tag soll gestrichen werden.

In den Manteltarifverträgen soll u.a. die Stufensteigerungen ausgesetzt, die Zuwendung und das Urlaubsgeld ebenso wie die Wechselschicht- und Schichtzulage gestrichen bzw. reduziert werden. Die Unkündbarkeit soll auch im Westen ersatzlos gestrichen werden.

Die Einreihung bei den Arbeiterinnen und Arbeitern soll durch bezirklichen Tarifvertrag verschlechtert werden können.

ÖTV

Ausbildung in der Altenpflege bedroht

STUTTGART – Das „Aus für mehr als 1000 Ausbildungsplätze in der Altenpflege“ befürchtet die stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) Baden-Württemberg, Christina Frank. Dies sei zwangsläufig die Folge, wenn die Landesregierung die Ausbildungsumlage im Landespflegegesetz ersatzlos streicht. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll in den nächsten Tagen vom Kabinett verabschiedet werden. Einrichtungen, die ausbilden, müßten nach der geplanten Neuregelung die Kosten der Ausbildung selbst finanzieren. Das bedeute einen Wettbewerbsvorteil für diejenigen, die nicht ausbilden. Bisher mußten alle Heime und Sozialstationen die Ausbildungskosten über eine Umlage aufbringen. Die Umlage kam denjenigen zugute, die ausbildeten. „Künftig werden bei Gesetzesänderung Heime, die ausbilden lassen, entweder die Ausbildung einstellen oder den Pflegesatz drastisch erhöhen. Dies belastet in erster Linie die Heimbewohner, die auch heute schon erhebliche Eigenbeiträge zu den festen Pflegesätzen zahlten. Das ist ein Armutszeugnis für eine Landesregierung, die in Sonntagsreden Ausbildungsplätze propagiert und werktags streicht“, erklärt Frank. Bereits heute seien in den stationären Pflegeeinrichtungen die erforderlichen Fachkräfte nicht vorhanden. Die Landesregierung hätte eigentlich einen Fachkräfteanteil von mindestens 50 Prozent zu gewährleisten. Über eine Kranken- oder Altenpflegeausbildung verfüge aber nur jede dritte Pflegekraft im Land. Nach Auffassung vieler Praktiker sei kompetente Pflege allerdings erst möglich, wenn der Fachkräfteanteil bei 70 Prozent oder darüber liegt, so die ÖTV. Für die Gewerkschaft sei nicht einsichtig, so die stellvertretende

ÖTV-Landesvorsitzende, daß sich das Prinzip „ambulant vor stationär“ nur bei der Zahl der ambulanten Pflegedienste niedergeschlagen habe, nicht jedoch bei deren Bedeutung für die Ausbildung. Es sei nicht nachvollziehbar, daß nach wie vor die Ausbildung von Krankenschwestern und Altenpflegerinnen ausschließlich den stationären Einrichtungen vorbehalten bleibe und lediglich für einige wenige Wochen ein Ausbildungspraktikum in einer Sozialstation erfolge. Hier lägen Ausbildungskapazitäten brach, die dringend aktiviert werden müßten, sagte

die ÖTV-Sprecherin. Die Streichung der Ausbildungsumlage passe auch nicht zu der im gleichen Gesetzeswerk vorgesehenen Verbesserung der Weiterbildung in Pflegeberufen. Vom Gesetzgeber werde Rechtssicherheit geschaffen, die die Motivation zur Weiterqualifikation fördere und die Qualität der Arbeitsleistung in den Pflegeeinrichtungen sichere und verbessere. Diese positive Regelung und die gleichzeitige Zerstörung von Ausbildungsplätzen widersprächen sich. „Das Gesetz ist damit alles andere als ein Zukunftsentwurf für die Pflege“, so Frank.

Gewerkschaften kontra Konzernstrategien

Siemens stößt auf Widerstand

Jahrelang haben die Vorstände der „Bank mit angegliederter Elektroabteilung“ nahe zu widerstandslos ihren Konzernumbau zu Lasten der Beschäftigten vorangetrieben. Der gewerkschaftliche und betriebliche Widerstand blieb schwach. Nach Bekanntgabe des sogenannten 10-Punkte-Programms vom Sommer 1998 durch Konzernchef Pierer wandelt sich das Bild.



Konferenz der IG Metall zum Siemens-Konzernumbau

Die unter Leitung der IG Metall-Betriebsleitung in München im Auftrag des IG Metall-Vorstandes entwickelte Kampagne für Garantien für die Beschäftigten im anstehenden Konzernumbau trägt allmählich Früchte. Nunmehr beginnen auch in Berlin unter den Betriebsräten des Siemens-Konzerns erste vorsichtige Distanzierungen von den Plänen der Vorstände. Es ist sogar von Solidarität die Rede.

Die geplanten Ausgliederungen sind allerdings schon weitgehend verwirklicht. Wenn die Pläne des Vorstandes vollständig umgesetzt sind, werden mindestens weitere 60 000 Beschäftigte aus der berühmten „Siemens-Familie“ ausgestoßen sein. Der Konzern will sich von 50 der 200 Geschäftsfelder trennen. Alle Bereiche, die keine 15 Prozent Rendite bringen, haben keine Zukunftschance mehr.

Aber auch die verbleibenden Bereiche werden künftig anders geführt als in der Vergangenheit. Folgende Stichworte der neuen Siemens-Strategie deuten dies an:

- Zum Maß aller Dinge wird der sogenannte Geschäftswertbeitrag. Geschäftswertbeitrag heißt: Zinskosten plus Zuschlag für Shareholder.

- Der Zentralvorstand agiert in Zukunft wie ein externer Investor. Weniger Profit zieht Abzug von Investitionskapital nach sich und Verlagerung auf profitträchtigere Geschäftsfelder.

- Im Sinne der „Portfolio“-Strategie werden alle Geschäftsfelder ständig auf aktuelle Rentabilität hin überprüft.

- Die Eigenkapitalrendite wird verdoppelt durch Kostensenkungen beim Personals und Verkauf von Vermögenswerten.

- Die Bilanzierung erfolgt zukünftig nach US-Regeln. Das bedeutet u. a. die Orientierung auf quartalsweise Ertragssteigerung.

- Benchmarking: Rendite muß über der der Mitbewerber liegen.

Konzernchef v. Pierer faßte am 3.12.98 die Erwartungen so zusammen: „Wenn wir dieses Bündel von Maßnahmen umgesetzt haben, wird Siemens ein anderes Unternehmen sein, als Sie es bisher gekannt haben. Wir werden uns sehr schnell zu einem Konzern entwickeln, dessen Portfolio konsequent am Geschäftswert orientiert ist. Außerdem werden wir noch internationaler sein und unsere Finanzpublizität an die US-amerikanischen Usancen anlehnen.“

Widerstand noch aussichtsreich?

Gespräche zwischen IG-Metall-Vorstand und dem Siemens-Konzern im letzten Jahr haben wenig erreicht. Siemens wollte schon nach kurzer Zeit eine „Denkpause“. Der Konzernumbau indessen schreitet voran. Am 16. Januar haben nunmehr 250 Vertreter aller Siemens-Bereiche auf der IG Metall-Konferenz in Nürnberg nach gründlicher Debatte nahezu einstimmig für das Ziel einer Gesamtvereinbarung zum Konzernumbau votiert und Aktionen beschlossen. Auch osteuropäische Siemens-Standorte (und

Metallgewerkschaften) waren auf der Konferenz vertreten: aus Slowenien, der Slowakei und aus der tschechischen Republik. Die Teilnehmer aus Österreich kündigten bereits verbindlich an, daß auch an den dortigen Standorten Druck für eine Gesamtvereinbarung mit der IG Metall gemacht wird und Unterschriften gesammelt werden.

Die „Gesamtvereinbarung“ soll vor allem folgendes sicherstellen:

- die Erhaltung bzw. Herstellung der Tarifbindung, der Tarifstandards und der Siemens-Beschäftigungsbedingungen bei Verkäufen und ebenso im Konzern,
- Standortgarantien und Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen,
- den tariflichen Anspruch auf Qualifizierung,
- beschäftigungssichernde Maßnahmen,
- das Nutzen der Kapazitäten für berufliche Erstausbildung,
- Erhaltung effektiver Betriebsratsstrukturen und den Ausbau der wirtschaftlichen Mitbestimmung

Die IG Metall erwartet steigende Mitgliedszahlen bei Siemens als Voraussetzung effektiver Gegenstrategien. Die Stimmen der treuerhizigen Erfüllungshelfen der Vorstände unter den Betriebsräten werden leiser in der gegenwärtigen Situation. Kein Zweifel: Bei Siemens kommt etwas in Bewegung. *brr*

Automobilindustrie

Neues Flexi-Konzept bei Audi

Ende letzten Jahres haben Betriebsrat und Unternehmensleitung für das Neckarsulmer Audi-Werk eine Betriebsvereinbarung zur „Neuregelung des Zeitkontos“ abgeschlossen. Hauptziele dieser neuen Arbeitszeitregelung sind der Abbau von Überstunden und Neueinstellungen. Laut Personalleiter Kurt Mirlach könnten durch die Einführung dieses Zeitmodells rein rechnerisch 300 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In einigen Abteilungen wird es sicher auch neue Arbeitsplätze geben, weil dort manche Arbeitnehmer 100 und mehr Überstunden (im Jahr) machen und diese gar nicht abfeiern können. Positiv (für die Schaffung von Arbeitsplätzen) dürfte sich die Regelung dann auswirken, wenn ab 1.1.1999 nur noch 20 Mehrarbeitsstunden ausbezahlt werden. Und ab 1.7.99 werden dann 16 Stunden und ab 1.1.2000 nur noch 10 Stunden mit Zuschlägen vergütet. Wenn trotzdem Mehrarbeit anfällt, wird diese auf einem Zeitkonto gutgeschrieben. So weit so gut.

Andrerseits wurde aber die Verfügbarkeit des Unternehmens über die Arbeitszeit des Arbeitnehmers enorm ausgeweitet. So fällt z. B. der dreiwöchige Betriebsurlaub im Sommer (ein erkämpftes Privileg) dieses Jahr wahrscheinlich aus. Damit wird eine vernünftige Urlaubs-

planung für Familien mit schulpflichtigen Kindern chaotisch bis unmöglich. Und sollte die Nachfrage nach Audi-Fahrzeugen im Frühjahr zurückgehen könnte es dem Management plötzlich einfallen, dass im Sommer doch noch Betriebsurlaub gemacht wird; oder vielleicht auch erst im Herbst? Oder vielleicht nur zwei Wochen Pause im Sommer bzw. nur im Zweischichtbetrieb oder im Einschichtbetrieb und eine Woche frei im Herbst oder umgekehrt. Wie es der Markt (bzw. die Aktionäre) halt verlangen. Wer nun meint, die Arbeiter würden sich so etwas nicht gefallen lassen, der irrt. Denn erstens ist das unternehmerische Denken bei den Audianern weit verbreitet und zweitens bestünde die Gefahr, dass die Dividende der Werker (die VW-Aktien besitzen) schmaler ausfallen könnte.

Bei Audi wird oft an allen vier Samstagen im Monat einschiebig gearbeitet und laut der neuen Vereinbarung werden 1999 noch 20 bzw. 16 Überstunden mit Zuschlägen ausbezahlt. Damit würde ab Juli nur noch an zwei Samstagen Zuschläge ausbezahlt und ab dem Jahr 2000 nur noch für 10 Samstagsstunden. Das könnte die Einführung der zuschlagsfreien Samstagsarbeit durch die Hintertür bedeuten!

Doch noch braucht die Unternehmensleitung für jede Samstagsarbeit die Zustimmung des Betriebsrates. Andererseits wird dieser die Zustimmung bei dem Argument mit der Standortsicherung sicher nicht verweigern.

Wenn ab dem 1.1.2000 dann die 10 Stundenregelung gilt, bedeutet das noch lange nicht, dass nun jeder Arbeitnehmer nur noch 10 Überstunden machen kann. Denn weiterhin sind Spätschichten am Samstag und Nachtschichten möglich (sie fallen nicht unter diese Regelung). Und der Arbeitnehmer kann mehr als 50 Überstunden „klopfen“ und diese dann 12 Monate (früher 3 Monate) vor sich herschieben (die sogenannte Ampelregelung). Oder er muss sie beim nächsten Konjunkturerinbruch abbauen. Ausserdem lässt die Vereinbarung auch die 4-Tagewoche zu und es wäre denkbar, dass Arbeiter auch bis zu 50 Stunden (im Jahr) weniger arbeiten. (Das müsste er dann aber mit den nächsten Samstagsschichten wieder reinholen).

Alles total flexibel. Mal sehen ob das Unternehmen auch so flexibel ist, wenn der Arbeiter selbst bestimmen will, wann er seine Überstunden „abfeiert“. Für einen Schichtarbeiter ist es sowieso schon schwierig seine Freizeit mit der Familie oder Freunden zu planen. Auch eine gezielte Vereinsarbeit, ein regelmässiges Training oder der Besuch von VHS-Kursen und anderen Weiterbildungsmöglichkeiten (plus Familienleben) ist bei einem Dreischichtbetrieb fast unmöglich. Zu hoffen bleibt wenigstens, dass die Überstunden auf mehr Schultern verteilt werden, denn meistens machen immer die gleichen Audianer die vielen Überstunden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist diese Vereinbarung nichts anderes als ein Testlauf für das Bündnis für Arbeit in Bezug auf die „Schaffung neuer Arbeitszeitmodelle“. Klar, dass dabei die IG Metall und die Autoindustrie (partnerschaftlich) die Vorreiterrolle übernehmen wollen. Audi-fahrer-Schröder wird es ihnen danken.

rudi, Kommualer ALLtag, Heilbronn

Berliner Verkehrsbetriebe

Nahverkehr ist öffentliche Aufgabe

Am 7. und 8. Dezember fand eine Konferenz von Betriebs- und Personalräten aus öffentlichen Nahverkehrsunternehmen in Berlin statt. Inhalt der Konferenz war die Situation der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Trotz eines immensen Personalabbaus von fast 30% auf heute 16000 Beschäftigte, trotz Fahrpreiserhöhungen, trotz Abbau der Leistungen (geringere Fahrplandichte) und anderer Rationalisierungsmaßnahmen „fährt“ die BVG noch immer 214 Mio. Mark Verlust ein. Ohne diese Maßnahmen wären es allerdings nach Angaben der ÖTV fast eine Mrd. Mark gewesen.

Der Umgang mit der BVG ist eine Frage der Politik. Der Senat setzt auf den Individualverkehr.

Um das ungeliebte Kind BVG loszuwerden, will der Senat einer Holding unter Führung der Bahn AG zustimmen. Nach diesen Plänen sollen BVG und S-Bahn (die schon zur Bahn AG gehört) zusammengeführt werden, was weitere 7000 Stellen kosten würde. Die Beschäftigten würden von der Bahn-AG den „wettbewerbsfähigeren“ niedrigeren Gehaltstarif erhalten, die Differenz zum jetzigen Einkommen würde die Alt-BVG, also das Land Berlin, tragen.

Neben den Personalkürzungen sind auch weitgehende Streckenstilllegungen geplant, z.B. sollen 10% des Buslinien-netzes eingestellt werden.

Nach Bekanntwerden dieser Pläne im Herbst vergangenen Jahres konnten „wilde Streikaktionen nur knapp vermieden“ werden (*Tagesspiegel* v. 9.10.98). Aufgrund des sich abzeichnenden Widerstandes wurde die Einrichtung eines Runden Tisches beschlossen, der jedoch noch keine Ergebnisse brachte.

In einer Resolution der Konferenz heißt es: „Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr muß die Veränderungsprozesse in der Nahverkehrsbranche als gesellschaftliche Kraft politisch begleiten, Arbeits- und Orientierungshilfen erstellen und bei einer Politik gegen die Arbeitnehmer zu öffentlichen Kampagnen bereit sein. Insbesondere die derzeitige Diskussion über zukünftiges Konzessionsrecht in der EU und der BRD macht es notwendig, abgestimmte Aktivitäten durchzuführen...“

har



Betrifft: Integration

Der Plan der Unterschriftensammlung der Union wurde letzten Sommer in München geboren. Gauweiler schlug damals vor, einen Volksentscheid mit dem Tenor „Deutschland kein Einwanderungsland“ zu starten. Da war die Absicht noch unverhüllt. Inzwischen tarnen die Unionsparteien ihre Politik, die Migrantinnen und Migranten aus der BRD-Gesellschaft zu drängen und einen ethnisch homogenen deutschen Block in der Mitte Europas zu schaffen. Gleich viermal verwendet die CSU in ihrem kurzen Unterschriftentext – siehe Kasten – den Begriff der Integration. Sie folgt dabei der einen, älteren Reklamevorschrift, vom „Einhämmern“ durch „dauernde Wiederholung“ (A. Hitler), wie der anderen, neueren, vom „Besetzen der Begriffe“. Besetzt wird der Begriff der Integration.

Was unter Integration zunächst verstanden wird? Ein prominentes Beispiel ist die „europäische Integration“. Hierunter verstand man den Prozeß, in dem vorher voneinander strikt getrennte Staaten in eine neue, nun gemeinsame politische Ordnung eintraten. Sie trugen dadurch der Tatsache Rechnung, daß die gesellschaftlichen, v.a. wirtschaftlichen Verbindungen so weit entwickelt und verflochten waren, daß die staatliche Ordnung dem irgendwie entsprechen mußte. Zur europäischen Integration kam es, nachdem der faschistische Versuch, ein deutsch-arisch beherrschtes Großeuropa durch Anschluß und Unterwerfung zu schaffen, am Widerstand der Betroffenen zerbrochen war. Die europäische Integration verstand sich als Gegenentwurf zur Nazi-Politik von Unterwerfung, Anschluß, Einverleibung.

Auf diese einigermaßen festsitzende Bestimmung des Begriffes (Integration: Völkerverständigung, Überwindung von Erbfeindschaft, Berücksichtigung ge-

meinsamer und divergierender Interessen, Aufeinander-Zugehen und ähnliches) geht die Union los. Sie nimmt das Gewebe auf, um es zu zerreißen. In der vierten und letzten Verwendung des Begriffs heißt es im zu unterschreibenden Text: „Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen.“

Die Integration wird hier von einem gesellschaftlichen Prozeß, auf den der Staat – endlich! – zu reagieren hat, zu einer Aufgabe der Migrantinnen und Migranten. Die Union, geführt von der CSU, hat da ein übles Stück aus dem Repertoire des Abendlandes geholt. Der Gedankengang: erst die Bekehrung, dann die Taufe! Dann Inquisition! ist nicht neu. Denn: War die Bekehrung aufrichtig? Der törichte Schily hat sich darauf bereits eingelassen und redet von Überprüfung der Zuwendung zur Grundordnung und auch von der Aberkennung quasi erschlichener Staatsbürgerschaften.

Wer treibt die Kampagne an? Angeblich sind es die Massen von Bürgern. Tatsächlich war es die Staatspartei CSU. Denn: Was würde sich mit der Zubilligung doppelter Staatsbürgerschaft tatsächlich ändern? Zwei – tendenzielle – Folgen:

Geschwächt würde die Erhaltung eines ethnisch reinen deutschen Blocks in der Mitte Europas, die Identität von Staat und Volk im Deutschdumm, die für den Kampf um die Vorherrschaft deutschen Wesens in Europas Politik und Wirtschaft ja so wichtig wäre. Es ist ziemlich sicher, daß ein neues Staatsbürgerschaftsrecht kulturelle Vielfalt auf das Territorium der BRD zurückbrächte. Kulturelle Vielfalt und die interkulturelle Solidarität im Inneren der Gesellschaft ist eine geistige und praktische Schule der Friedfertigkeit.

keit. Kulturelle Einfalt macht Menschen für die Mächtigen verfügbar.

Geschwächt würde das abgelebte, aber nicht abgestorbene Kulturgut der Untertänigkeit. In der gegenwärtigen Gemeinschaft der Staaten besteht ein sehr umfassendes Zugriffsrecht auf die jeweiligen Bürger. Wenn es auch als Menschenrecht gilt, den „eigenen“ Bürgern die Ausreise normalerweise nicht zu verweigern, gilt es doch als Staatenrecht, „fremden“ Bürgern die Einreise zu verwehren. Die Zubilligung doppelter Staatsbürgerschaft in großem Stil würde dieses Recht der Staaten faktisch schwächen. Um es ganz deutlich zu machen: Bestünde die Gefahr einer Machtübernahme der CSU, wäre es da nicht sehr angenehm, irgendwo anders in der Welt einen rechtlich sicheren Zufluchtsort zu haben. Solche Gedanken entstehen, weil sich weltweit zeigt, daß die Menschen altehrwürdige Formeln („Süß und ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben“) immer skeptischer lesen und dazu neigen, einschlägigen Ansinnen der Mächtigen durch Standortwechsel zu entinnen.

In Bayern sollen bis zum heutigen Tage 120.000 sich in die Unterschriftenlisten eingetragen haben. Jede dieser Unterschriften ist ein Stück Desintegration, Auflösung von Zusammenleben, menschlichem und nachbarschaftlichem Mitgefühl; jede wird zur Legitimation staatlicher und außerstaatlicher Gewalttaten

DOKUMENT

CSU-Unterschriftenaktion

Ja zu Integration – nein zu doppelter Staatsbürgerschaft

Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart und das Bemühen, in Deutschland heimisch zu werden. Wir wollen diesen hier lebenden Ausländern und ihren Kindern die Integration und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern.

Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die deutsche Staatsangehörigkeit ist dazu unverzichtbar.

Deshalb sind wir gegen die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit.

Bitte unterstützen Sie die Aktion der CSU mit Ihrer Unterschrift!

Name Anschrift Unterschrift

Zurücksenden an:

CSU-Landesleitung, Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Str. 64, 80335 München

Tel.: 089/1243-0, Fax: 089/1243-299, e-mail:

Unterschriftenaktion@csu-bayern.de

beitragen. Es wird höchste Zeit, daß das Gesetz durch Bundestag und Bundesrat geht und in Kraft tritt. Der 1.1.2000 hört sich schön an, aber jeder Tag früher wäre wichtig.

Wer eine Meinung einmal öffentlich dokumentiert hat, neigt dazu, daran festzuhalten. Wer diese Unterschriftensammlung unterschrieben hat, hat ein Bekenntnis geliefert und wird jedes Argument aufnehmen, das sein Handeln legitimiert, gerade wenn es umstritten ist. Nur, ausdrücklich nur! die Niederlage des sauberen Plänochens kann den Schaden abwenden und den Unmut der auf die Listen Gelockten in Nachdenken über die Urheber wandeln. *maf*

**Erklärung des PDS-Landesparteitags
Bayern vom 30.1.99 in Nürnberg**

Gleiche Rechte für alle

Der Landesparteitag der PDS unterstützt die von vielen Bürgerinnen und Bürgern, freien Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen getragene Aufforderung an die Unionsparteien, ihre Unterschriftenkampagne einzustellen.

Die CSU versucht gezielt, die Integration, d.h. die Entwicklung des Zusammenlebens von Menschen mit verschiedenem kulturellem Hintergrund, zu stören.

Umgekehrt wird es höchste Zeit, Gesetze, die Ungleichheit von Einwohnerinnen und Einwohnern der Bundesrepublik zementieren, zu modernisieren, d.h. zu demokratisieren.

Die jetzige Unterschriftensammlung der Union steht im Kontext der „Ausländer-raus-Politik“ der tagtäglichen Diskriminierung, der Anschläge und der Morde der letzten Jahre. Sie desintegriert Lebenszusammenhänge: Menschen, die miteinander arbeiten, wohnen, Schulen besuchen, sollen Mitmenschen als Mitbürger ablehnen. Die öffentliche Meinung wird vergiftet.

Kein Wunder, daß die Sammlungsaktion der Union auf breiten Widerstand stößt. Jetzt ist die Regierungsmehrheit gefordert: Es müssen demokratische Tatsachen geschaffen werden. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht muß Tatsache werden. Das alte Staatsbürgerschaftsrecht Unrecht muß fallen.

Je länger die Regierung mit dem Gesetz zaudert, je mehr Zugeständnisse sie macht, je mehr Sonderprüfungen und Hürden sie einbaut, um so mehr wird die inhumane Stimmungsmache gestärkt.

Die PDS stellt der inhumanen Desintegrationskampagne der CDU/CSU unter dem Motto „Gleiche Rechte für alle“ eine Aufklärungskampagne für ein modernes, territorial begründetes, demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht entgegen. Die PDS Bayern ist mit den vielfältigen Kritiken und Aktionen gegen das Unterschriftenmobbing solidarisch und beteiligt sich nach Kräften.

Kurdistan und die Linke in der BRD – eine Kontroverse

Solidarität? Wobei? Mit wem? Gegen wen?

Die Hamburger Gruppe demontage, die sich den antinationalen Strömungen der Linken zu-rechnet, setzte sich (unter anderem) in zwei Beiträgen in den *Lokalberichten Hamburg* äußerst kritisch mit der kurdischen Befreiungsbewegung und der Kurdistan-Solidarität auseinander. Solidarität? Mit wem? Gegen wen? Wir dokumentieren hier zunächst den zweiten Beitrag und anschließend eine Erwiderung. (Red.)

Kurdistan-Solidarität gleich PKK, Volk plus Diplomatie?

Nach der Verhaftung des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, in Rom, fand ab Mitte November eine Vielzahl von Aktivitäten der Kurdistan-Solidarität statt. Gleichzeitig gab Öcalan jede Menge Interviews, in denen er sich zum Anführer eines kurdischen Volkes stilisierte. Diese Hochphase der PKK-freundlichen Kurdistan-Solidarität und der One-Man-State-Diplomatie Öcalans lief an vielen aktiven Linken vorbei, die Kritik an der PKK haben. Auch wenn Abdullah Öcalan sich jetzt nicht mehr in Rom aufhält, dieses Nicht-Verhältnis besteht weiterhin. Auf unsere Kritik am Aufruf zur Demo gegen die Übergabe der Fregatte Salihsan an das türkische Militär gab es bis heute keine Reaktion von Seiten der OrganisatorInnen. Die Differenzen gehen dabei über den konkreten Anlaß hinaus, was wir im folgenden darlegen möchten.

1. Im allgemeinen Aufruf zur Hamburger Demo am 21.11., die eine Bilder-schau von Öcalan-Portraits war, wurde zustimmend das ZK der PKK zitiert: „Sein Ziel ist nicht das Suchen nach einem sicheren Aufenthaltsort, ein Aufenthaltsort kann für unsere nationale Führung in erster Linie in unserem Land gefunden werden.“ Nachdem so in vollendeter Form die Forderung nach Asyl oder Bleiberecht umschifft wurde, stand die Versicherung: „Die jetzige Phase beweist, wie sehr das kurdische Volk hinter dem Befreiungskampf der PKK und ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan steht.“ Bei den Forderungen am Ende des Flugblattes stand auch nichts von einem Bleiberecht für die Flüchtlinge aus Kurdistan, die keine „Vertreter unseres Volkes“ sind – dafür lautet die erste Forderung: „Solidarität mit dem kurdischen Volk in seinem Kampf für Selbstbestimmung und Befreiung!“ Und die letzte: „Solidarität mit der PKK!“

Zu einer Politik, die immerzu ein kurdisches Volk beschwört, führt ein kurzer Weg dahin, dieses Volk in seinem Anführer verkörpert zu sehen. Von der Behauptung eines homogenen Volkskörpers hin zum Personenkult um Apo Öcalan führt der gerade Weg einer Ideologie, die keine Abweichung kennt und Kritik nicht akzeptiert. Bei der großen Demonstration

am 19.12. In Bonn gab es Transparente, auf denen stand: „Apo Öcalan ist das Volk – Das Volk lässt sich nicht verbieten“. Wer Volk zum Subjekt erklärt, das er/sie vertreten will, legitimiert damit die eigene Machtpolitik. Das gilt auch für Oppositionelle, die ihre eigene Bedeutung durch die Berufung auf ein Volksinteresse aufwerten wollen – wie Öcalan und seine ParteigängerInnen.

2. Die Gleichsetzung von Partei – Volk – Anführer hat sich auf fatale Weise in den zahlreichen Selbstverbrennungen nach der Festnahme von Öcalan im November in Rom gezeigt, wie Öcalan gegenüber der „Weltwoche“ (48/98) erklärte: „Dagegen (= Krieg der Türkei in Kurdistan) leisten wir weiter entschlossen Widerstand ... Und über vierzig Kurden verbrannten sich aus Protest gegen die türkische Politik.“ Mehr als 40 AktivistInnen und Gefangene aus der PKK nahmen das Symbol wörtlich, das auf den Fahnen der PKK Hammer und Sichel ersetzt hat: das heilige Feuer. Nachdem Öcalan aufgerufen hatte, mit den Selbstverbrennungen aufzuhören, gab es nur noch vereinzelte Selbstverbrennungen. Dass diese aber ein integraler Bestandteil der politischen Praxis der PKK sind, bekräftigte er am 7.12. gegenüber der italienischen Zeitung „La Stampa“: Gefragt, ob er eine Auslieferung an Deutschland befürchtet habe, sagte Öcalan: „Wenn das geschehen wäre, dann hätte in Deutschland alles passieren können. Mehr als 50 Menschen hätten sich selbst angezündet, Hunderte wären zum Hungerstreik bereit.“¹

3. Wie um den Personenkult um seine Person als Volksführer zu festigen, erklärte Öcalan Mitte Dezember in mehreren Interviews, er würde über dem Guerrillakampf der PKK stehen, sei nicht verantwortlich. Für eine Anerkennung auf dem Parkett der bürgerlichen Diplomatie stellte er die Guerrillagruppen der PKK zur Disposition. Außerdem distanzierte er sich von rechts aus von der Sowjetunion, um das Image eines Kommunisten loszuwerden: „Die Idee des realen Sozialismus – zuerst die Partei, dann der Staat und dann der Mensch – wird aufgegeben.“ Apo erklärt, wo's langgeht für die ganze PKK, und: Seine Kritik an

Starke Behauptungen, schwache Argumente

Mit zwei Beiträgen in den Lokalberichten – der erste abgedruckt in Nr. 24/98 („Gegen die Unterstützung der Militär-demokratie in der Türkei – aber ohne eine auf Völkerrecht und Volk verengte Solidarität“), der zweite in dieser Ausgabe (s.S. 23, d.Red.) – setzt sich die gruppe demontage kritisch mit der PKK und der Kurdistan-Solidarität auseinander. In der Antwort auf die Kritik will ich mich auf die m.E. zentralen Aussagen beschränken. (...)

Die gruppe demontage, die sich den antinationalen Strömungen der Linken zu-rechnet, charakterisiert die PKK-Politik nicht nur als „nationalistisch“, sondern gar als „völkisch“ (ausdrücklich durch positiven Bezug auf das Zitat der gruppe

t.e.r.z.). Entsprechend wird, in einem Auf-satz der gruppe demontage in „Konkret“ 12/98, der Kurdistan-Solidarität vorge-worfen: „Die Vorstellung einer völkischen Einheit, die sich für den deutschen Kontext verbietet, wird auf eine ima-ginäre kurdische Nation projiziert ...“ Ergänzend wirft die Gruppe der PKK und der Kurdistan-Solidarität vor, durch be-jahende Verwendung des Begriffs der Identität und durch Bezug auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ die Grundlagen des Antirassismus zu un-tergraben, was wohl bedeuten soll, daß damit völkischem Rassismus zumindest Tor und Tür geöffnet wird.

Ein zentrales Mißverständnis

Die Kritik beweist allerdings zuallererst eine fast schon beängstigend verharmlo-sende Auffassung der Theorie und Praxis des Völkischen, obwohl dessen Verhee-rungen gerade die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte und insbeson-dere dieses Jahrhunderts prägen. Als In-

diz nämlich für den völkischen Charak-ter der PKK-Ideologie und -Politik nen-nen die Verfasser im wesentlichen den Be-zug auf das „Volk“, womit ein homoge-ner Volkskörper behauptet werde und die sozialen Widersprüche ausgeblendet würden. Bevor ich der Frage nachgehe, ob das für die PKK so überhaupt zutrifft, möchte ich bestreiten, daß das den völkischen Charakter einer Ideologie und Po-litik auch nur annähernd bezeichnet.

Der völkische Begriff des Volkes ist ein Kampfbegriff, der zwei Frontlinien be-zeichnet und ein Kriegsziel: absolute Herrschaft. Dabei geht es nicht einfach um die „Ausblendung“ sozialer Wider-sprüche, sondern – das ist die Front nach innen – um die totale Unterordnung des Individuums unter das „Volk“, bis hin zu seiner Vernichtung bzw. „Aufopferung“ zum Wohle des „Volkes“, genau wie es die Inschrift des berühmten Denkmals am Dammtorbahnhof besagt: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müs-sen“. Die zweite Front – die Erhebung

der Sowjetunion geht nach rechts – er kri-tisiert die mit dem Personenkult um Sta-lin verbundene Nationalitätenpolitik nicht wegen der Nationendoktrin, son-dern wegen des „Chauvinismus einer großen Nation gegenüber kleinen Völ-tern“, so Öcalan am 11. 12. In „il mani-festo“. Er kritisiert scheinbar den Natio-nalismus, um im nächsten Satz wieder zu behaupten, die Völker seien die Subjekte der Politik.

4. Im bereits zitierten Interview der „Weltwoche“ konterkarierte die Antwort auf die letzte Frage unmittelbar antirassistische Politik hierzulande.

Frage an Öcalan: Wie soll Europa auf die kurdischen Flüchtlinge reagieren?

Öcalan: „Die Menschen werden aus politischen Gründen vertrieben. Daher sind sie politische Flüchtlinge. Einige versuchen, daraus wirtschaftlichen Pro-fit zu schlagen. Hier können wir mit Eu-ropa zusammenarbeiten. Die Menschen, die sich an uns halten, kommen nicht auf illegale Weise nach Europa. Nur wenn sie wegen des Krieges geflohen sind, sollten sie Asyl erhalten, weil sie politische Flüchtlinge sind. Die Türkei wird dann nicht den Mut haben, die Menschen zu vertreiben, und die Flüchtlinge werden nicht glauben, dass sie in Europa leicht zu Geld kommen. Eine politische Beurteilung des Flüchtlingsproblems ist ebenso wie eine politische Beurteilung des Kurdenproblems eine Herausfor-derung für Europa.“² So gesehen ist es kein Zufall, wenn unter den Solidaritätsflug-blättern für Öcalan viel von „Bewe-gungsfreiheit für Abdullah Öcalan“ die Rede ist, aber nicht von einem Bleibe-recht für Alle. Öcalan redet hier als Di-plomate eines fiktiven Staates („Men-schen, die sich an uns halten...“) von Flüchtlingen als Herausforderung für das Europa des Schengener Abkommens!

Wer allgemein bejahend von Identität

als positiver Kategorie spricht und von einem „Selbstbestimmungsrecht der Völ-ker“ ausgeht, untergräbt damit die Grundlage des Antirassismus. Ein Bezug auf „Scholle/Heimat“, die ethnoplurali-stische Kategorie „Volk“ führt direkt zum Dogma „jedeR an Ihrem Platz“, Das Begriffspaar „Verwurzelte – Vertriebene“ steht einem Ansatz, der von den Interes-sen eingewanderter/geflüchteter Men-schen ausgeht, entgegen.

Öcalan hatte den Rassismus gegen kurdische Flüchtlinge in Deutschland bereits früher mit der illegalen Flucht dieser Menschen erklärt und sich dafür entschuldigt, daß Kurden mit ihren Ak-tionen „die Gefühle des deutschen Volkes verletzt“ hätten. Die kritiklose politische Praxis des Großteils der Kurdistan-Soli-darität trifft sich mit den homogenisie-renden Tendenzen des PKK-Befreiungs-nationalismus.

5. Die hiesige Solibewegung zu Kurdi-stan hat in großen Teilen ein unkriti-sches Verhältnis zum kurdischen Be-freiungskampf: Im Kampf gegen die Re-pression in Kurdistan und der BRD wird eine eigenständige Einschätzung häufig durch die Übernahme von Durchhalte- und Erfolgspropaganda ersetzt. Trotz der kontroversen Diskussion der PKK-Poli-tik in den letzten Jahren scheint es wei-terhin möglich zu sein, Soliarbeit zu ma-chen, ohne sich in irgendeiner Form auf diese Kritik zu beziehen. Vielmehr wird die Kritik an der Politik der PKK schlicht als Spaltung durch die Herrschenden in-terpretiert.

Christiane Böhm vom Kurdistan-Bündnis Mainz am 17. 3. 98 dazu: „Wir bieten Informationen über die Situation der Kurden und Kurdinnen in ihrer Hei-mat an ... Wir erreichen dabei oft eher die normale Bevölkerung als die linken und demokratischen Bewegungen und Orga-nisationen. Das ist ein bundesweites Phä-

nomen.“³

Die Chance, Kritik aus der Linken auf-zugreifen und so eine kritische Solida-rität zu fördern, wird vertan: antinatio-nale, antirassistische wie auch sozialre-volutionäre Ansätze ignoriert.

In diesem Interview der „jungen Welt“ wird die Zurückhaltung vieler Linker ge-genüber unkritischer Kurdistan-Solida-rität nur unter „Spaltung der oppositio-nellen Bewegungen“ verbucht: Kritik = Spaltung, mit dieser bekannten Gleich-setzung zeigt sich, dass eine Solidarität von seiten antinationaler KritikerInnen der PKK nicht gewollt ist. Auf dem Au-tonomiekongreß 1995 in Berlin versuch-te die gruppe t.e.r.z. aus Marburg eine Kritik an der PKK zur Diskussion zu stel-len, was von Leuten aus der Kurdistan-Solidarität abgeblockt wurde. Die grup-pe t.e.r.z. schrieb in „Tag & Nacht“ dazu: „Ginge es einzig um die Unterdrückung durch den türkischen Staat, die patriar-chalen (Familien u.a.) Strukturen, den Großgrundbesitz und das Kapital, so wä-re der Widerspruch ‚kurdisch-türkisch‘ (zumindest in der eigenen Praxis) irrele-vant; andersherum verschwinden diese Verhältnisse, treten in den Hintergrund oder werden beliebig austauschbare Bei-spiele, wenn ein angeblicher (oder von der mächtigen Seite behaupteter) Wider-spruch ‚kurdisch-türkisch‘ zum Thema und zur eigenen Position gemacht wird. Genau diese Entscheidungsfrage zeigt sich, wenn jede kritische Auseinander-setzung von manchen PKK-AktivistIn-nen mit der Forderung nach ‚Solidarität mit dem kurdischen Volk‘ geradezu erledi-gt oder für politisch belanglos erklärt wird. Mit diesem Leitgedanken verfängt des weiteren jede Politik für ein staatli-ches Unterdrückungsverhältnis, welches als ‚Materialisierung‘ der völkischen Identität begriffen und in einer Parteior-ganisierung mit Führerkult, Nivellierung



zum „Herrenvolk“, die Unterjochung und Vernichtung des Fremden, des Anderen, innerhalb der Gesellschaft wie

außerhalb, bringt beispielhaft das nebenstehende Bild-dokument zum Ausdruck: „Der Russe muß sterben, damit wir leben“.

Es muß, nebenbei bemerkt, die Autoren nicht verwundern, daß eine Diskussion über ihre Kritik sich nicht so recht entwickeln mag, wenn sie der kurdischen Befreiungsbewegung und der antiimperialistische Kurdistan-Solidarität das Etikett des Völkischen ankleben (wenn

auch in Verkennung dessen, was „völkisch“ bedeutet).

Ein zweiter Fehler, den die Autoren

machen, besteht darin, das durch und durch deutsche Verständnis des Begriffs des „Volkes“ anderen, hier den Kurden, unterzuschieben. In diesem im deutschen Denken dominierenden Verständnis ist „Volk“ wesentlich biologisch bestimmt und durchtränkt von Blut- und Boden-Mythologie. (So heißt es etwa im „Heidelberger Manifest“ von 1981: „Völker sind biologisch lebende Systeme höherer Ordnung mit einander unabhängigen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden.“) Wieso z.B. unterschieben die Autoren Öcalan in Punkt 4 den Bezug auf „Scholle/Heimat“, ein Bezug, der sich im gesamten zitierten Interview nicht auffinden läßt? Es ist ziemlich deutsch, das deutsche Verständnis eines Begriffs anderen Sprachen zu unterstellen und dabei wie selbstverständlich voraussetzen, daß das Deutsche das Allgemeine ist und damit ein anderes Verständnis nicht oder wenn, dann nur als Abweichung vom Allgemeinen denkbar ist. Aus der

aller Unterdrückungsverhältnisse und einer konsequenten Aufopferungsbereitschaft für die zukünftige Nation vorweggenommen wird.“ Diese von uns geteilten Positionen einer kritischen Solidarität wurden auf dem Autonomiekongreß brüsk zurückgewiesen von AnhängerInnen einer kritiklosen Solidarität: „Denn hier sollte nicht nachgewiesen werden, wie die konkreten Bedingungen in Kurdistan die Analyse inhaltlich verändern, sondern die Politik der PKK für im Prinzip unangreifbar gemacht werden.“

6. Die einzige von außen erkennbare Kritik aus der Kurdistan-Solidarität dreht sich nicht etwa um die Ausblendung sozialer Widersprüche zwecks Homogenisierung zum Volk, dem der Alleinvertretungsanspruch der PKK auf dieses Volk wie auch der Personenkult um Öcalan entspricht. Vielmehr beschränkt sich die Kritik darauf, dass die PKK der Diplomatie einen zunehmend höheren Stellenwert beimißt als der linksradikalen Soliszene. Dass eine auf offizielle internationale Anerkennung und Staatlichkeit ausgerichtete Befreiungsbewegung wie die PKK gar keine Alternative hat im Rahmen einer diplomatischen Logik, zu dieser Erkenntnis kann sich die Kurdistan-Solidarität nicht durchringen. Wäre die Konsequenz doch ein Hinterfragen an der grundsätzlichen Ausrichtung der PKK, wie sie Öcalan in Rom⁴ so formulierte: „Wir sind aus Ankara herausgegangen und haben die Partei gebildet, wir gingen in den Nahen Osten und wurden zur Armee, nun werden wir auf die Weltbühne treten und zum Staat werden“. Udo Wolter setzte im März 1998 der Entwicklung der PKK und ihrer Soliszene entgegen: „Es dürfte evident sein, dass die bisher in der Solidaritätsarbeit zu nationalen Befreiungsbewegungen wie der PKK anzutreffende Übernahme ethnisch-kultureller Identitätsmuster für

eine antirassistische Perspektive nicht trägt.“⁵

7. Die Kurdistan-Solidarität erschwerte aber eine solche kritische Solidarität. In einem ähnlichen Muster wie in den 70/80er Jahren bei den *Anti-Imps*⁶ mit ihrem Dominanzanspruch auf Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF gibt es drei Leitdogmen:

1. Das Monopol in Türkisch-Kurdistan hat die PKK.

2. Es ist Krieg/Repression: Wer die Dominanz der PKK-freundlichen Solidarität in Frage stellt und dabei Kritik von links übt, entsolidarisiert sich und nützt der Türkei/NATO.

3. Kritik von rechts an Militanz und Aktionsformen der PKK ist aus Bündnisgründen erlaubt, unantastbarer gemeinsamer Nenner ist das „Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes“.

Es ist kein Zufall, daß Teile der Anti-Imps sich nach dem Ende der RAF politisch auf die PKK umorientiert haben.

Das Monopol PKK-freundlicher Kurdistan-Solidarität plus bürgerlichem Bündnispektrum mit Sympathien für „unterdrückte Völker“ erschwerte eine antinationale und sozialrevolutionäre Solidarität mit den sozialen Kämpfen und gegen den NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan.

Die Informationsstelle Kurdistan in Köln zementiert den Monopolanspruch der PKK, indem sie ihr eine über Kurdistan hinausweisende weltweite Bedeutung zuschreibt, wie im März 98: „...stellt die PKK mit ihrer lebendigen sozialistischen Perspektive für das imperialistische Lager eine Gefahr dar. Der Aufbruch der feudalen Herrschaftsstrukturen, vor allem die emanzipatorischen Schritte in dem weltweit am tiefsten verwurzelten Unterdrückungsverhältnis des Mannes gegenüber der Frau, Respekt gegenüber der menschlichen Entwicklung und der

Umwelt tragen eine emanzipatorische Kraft in sich, deren Ausstrahlung schon heute neben Europa u.a. die EZLN in Mexiko, Südafrika und den Fernen Osten erreicht hat.“ Warum derart Schaum geschlagen wird, wenn es um das reale Problem der Kriminalisierung von zwei Leuten aus der Kurdistan-Solidarität durch den deutschen Staat geht, erschließt sich am Schluß: „Die Linke in Deutschland fordern wir auf, sich an die Seite des kurdischen Befreiungskampfes zu stellen.“⁷

8. Bei den Diskussionen im Rahmen der Vorstellung des demontage-Buches „Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung“ sagten öfter Leute, dass sie gegen den Krieg in Türkisch-Kurdistan und das PKK-Verbot aktiv waren, sich aber zurückgezogen haben, weil sie keinen Platz für ihre eigenen Positionen gesehen haben, eine kritische linke Solidarität nicht erwünscht war. Dadurch wird Solidarität eingeschränkt.

gruppe demontage, Postfach 306 132, 20 327 Hamburg

¹ zitiert nach: „Öcalan attackiert Deutschland“, in: Neues Deutschland, 8.12. 98,

² Öcalan im Interview mit Ali Özserik: „Unser Sieg ist nahe!“ in: Die Weltwoche 48/98, 26. 11. 98,

³ Interview mit Christiane Böhm: Kein Interesse für die Menschen in Kurdistan?, in: junge Welt, 17.3.98,

⁴ nach: „Die Woche“, 20.11.98,

⁵ Udo Wolter: In der Migrantenfalle. Die Antwort auf Rassismus und Antisemitismus kann nicht Identitätspolitik und Soli sein, in: jungle world Nr. 13, 25.3.98,

⁶ Anti-Imps: Politisches Spektrum, das sich mit legalen politischen Mitteln an der Solidarität mit den in Isolationshaft gehaltenen Gefangenen aus der RAF orientierte. Vertraten das Konzept der Antiimperialistischen Front, eine politische Parallelität von legalen Gruppen mit der illegalisierten Klein-Guerrilla RAF.

⁷ Nach: „Angehörigen-Info“, 20.3.98

→ Sprachforschung ist jedoch bekannt, daß die Bedeutung ein und desselben Begriffs variiert, aus den jeweils geschichtlichen und Kommunikationszusammenhängen erschlossen werden muß und nur verstanden werden kann, wenn man sich auf diese Zusammenhänge ein Stück weit einläßt.

Daß der Begriff des „Volkes“ in anderen geschichtlichen und Sprachzusammenhängen eine dem im Deutschen gängigen mystischen, metaphysischen Verständnis direkt entgegengesetzte Bedeutung haben kann, zeigt ein Blick in die „Enzyklopädie“, das Lexikon der französischen Aufklärung. Dort werden unter dem Stichwort „Volk“ ausdrücklich „nur die Arbeiter und die Landleute“ verstanden, im Denken der französischen Aufklärung bezeichnet also der Begriff des Volkes den Widerspruch zwischen arbeitenden und nichtarbeitenden Klassen der damaligen Gesellschaft. (d'Alembert, Diderot u.a., Enzyklopädie, Eine Auswahl, Fischer 1989) Auch der berühmte Satz, mit der Mao Zedong am 1.10.1949 die Gründung der Volksrepublik China proklamierte: „Das chinesische Volk ist aufgestanden“, meint nicht das „Volk“ im deutschen Sinne, sondern die Ausgebeuteten und Unterdrückten in China, die sich gegen die alte Ordnung erhoben und sie gestürzt haben. Ebenso bezeichnet in den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfen und Volkskriegen seit dem zweiten Weltkrieg der Begriff des „Volkes“ die durch Kolonialismus und Imperialismus unterdrückten und gegen ihre Unterdrückung kämpfenden Klassen einer Gesellschaft. Auch in diesem Zusammenhang weist der Begriff des „Volkes“ auf einen ökonomischen, sozialen und politischen Widerspruch (zwischen Kolonialismus und vom Kolonialismus Unterdrückten); darüber hinaus allerdings auf einen kulturellen Zusammenhang zwischen den unterdrückten Klassen, der neben und trotz der Widersprüche zwischen ihnen existiert.

Schwache Indizienkette

Die Indizienkette, mit der die Gruppe demontage ihren Vorwurf, die PKK sei völkisch, zu belegen sucht, hält an keiner Stelle.

So behauptet sie in Zustimmung zur „Gruppe t.e.r.z.“, die PKK bringe die Auseinandersetzung auf den Widerspruch kurdisch/türkisch. Das ist einfach nicht wahr. Das PKK-Programm sieht den Begriff des kurdischen Volkes ausschließlich im Gegensatz zum Kolonialismus der Türkischen Republik. Ich kenne keine Publikation, in der die kurdischen Verfasser nicht allergrößten Wert darauf legen, als ihren Gegner die Türkische Republik herauszustellen und nicht etwa türkische Menschen.

Wer Zweifel hat, was der Begriff des „Volkes“ im Sprachgebrauch der PKK meint, der muß, bevor er das Verdikt „völkisch“ fällt, das PKK-Programm lesen,

das den Diskussionsstand über das Woher und Wohin festhält. Billiger geht es nicht. Das PKK-Programm von 1995* läßt keinen Zweifel daran, daß sich die PKK in den Zusammenhang der antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe und der sozialistischen Bewegung stellt und von einer mystisch-metaphysischen Bedeutung des „Volks“begriffs meilenweit entfernt ist.

In der deutschen Ideologie ist mit dem Volksbegriff die hybride Vorstellung deutscher Überlegenheit untrennbar verbunden. Dem Fremden, dem Anderen wird von vornherein nicht die gleiche Subjektivität zugestanden, was der Faschismus dahingehend steigerte, den Fremden, Anderen, aus der mitmenschlichen Identität herauszunehmen, ihn zu vernichten.

In diametralem Gegensatz dazu betrachtet die PKK in ihrem Programm „die Entfaltung aller Minderheitenkulturen in Kurdistan als Reichtum; deshalb sichert sie der Entwicklung jeder dieser Kulturen Freiheit und Unterstützung zu. Sie tritt auf gegen die kapitalistisch-nationalistischen Ansätze, die den reichen kulturellen Boden Kurdistan verlegen wollen, und möchte Voraussetzungen schaffen, unter denen sich die verschiedenen Kulturen in einer ausgedehnten Harmonie und Freiheit entwickeln können.“

Als weiteres wichtiges Indiz für völkische Vorstellungen erscheint den antinationalen Kritikern der Bezug auf die „kurdische Identität“. Das Programm der PKK, ebenso – und nicht zuletzt! – die überprüfbare Praxis kurdischer Organisationen hier in der BRD schließen jedoch für jeden, der sich damit auseinandersetzt, die Interpretation aus, hier werde statt der Idee der freien Gemeinschaft der Menschen die Wahnvorstellung der ausschließlichen Singularität verfolgt. Welche Anstrengungen – zum Beispiel – unternehmen nicht die kurdischen Organisationen, die deutschsprachige Bevölkerung in der BRD in deutscher Sprache über den Befreiungskampf, über seine Triebkräfte und Beweggründe und seine Entwicklung zu unterrichten. Beweisen sie damit nicht tagtäglich, wie sehr sie den Austausch mit anderen suchen, wie offen sie selbst in einer im großen und ganzen feindlichen Umgebung sind? Haben die antinationalen, also den Anspruch universeller Weltbürger erhebenden Kritiker auch nur einen Gedanken darauf verwendet, ihre Kritik in die kurdische Sprache zu übersetzen, damit sie für alle hier lebenden Kurdinnen und Kurden überhaupt verstehbar und ihnen eine Antwort möglich ist? Wer ist hier Weltbürger, und wer lebt in der eingeschränkten Denkwelt seines Kulturzusammenhanges?

Der Reichtum der Anlagen und Fähigkeiten der menschlichen Gattung verwirklicht sich in einer unerschöpflich scheinenden kulturellen Vielfalt. Das ließe sich ausführlich und exemplarisch

an der Vielfalt der Sprachen nachweisen, die sich in Wortschatz und Syntax erheblich unterscheiden, aber nicht in ihrer Leistungsfähigkeit bei dem Bestreben der Menschen, sich und die Welt zu verstehen und zu verändern. Die Einschränkung der kulturellen Vielfalt durch die Unterdrückung etwa der kurdischen Sprache muß deshalb als Angriff auf den menschlichen Reichtum, also auf die ganze Menschheit, begriffen und bekämpft werden. Die Unterdrückung der kurdischen Sprache durch die Türkische Republik (aber auch durch den deutschen Staat, soweit er z.B. muttersprachlichen Unterricht in den Schulen verweigert) bedeutet einen äußerst schwerwiegenden Eingriff in das Denken der betroffenen Menschen, eine Behinderung ihrer Fähigkeit, Wissen zu erinnern, sich mit den Mitmenschen und der sinnlichen Welt auseinanderzusetzen, sich individuell und in der Gesellung mit anderen innerhalb und außerhalb des eigenen kulturellen Zusammenhangs weiterzuentwickeln.

Diese Möglichkeit einzufordern, und nichts anderes meint der Bezug auf die „kurdische Identität“, hat mit dem faschistischen Mythos der „arischen Identität“, der „arisch“ mit Mensch gleichgesetzt und „nicht-arisch“ mit „Untermensch“, nicht das geringste zu tun.

Eine Lösung ohne die Unterdrückten?

In dem Artikel in den *Lokalberichten* 24/98 wendet sich die Gruppe demontage gegen die Forderung nach „unverzüglicher Aufnahme von politischen Verhandlungen mit Vertretern des kurdischen Volkes“, indem sie bestreitet, daß ein Volk – weil der Begriff eine imaginäre homogene Gemeinschaft vortäuscht – Subjekt sein kann. Die Antwort, wie es denn zu einer Lösung der Kurdenfrage kommen soll, wenn nicht unter Einbeziehung der Kurdinnen und Kurden, bleiben sie schuldig. Angesichts der Tatsache, daß von der Türkischen Republik bis zum deutschen Staat Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Kurdenfrage verweigert werden, daß die Türkische Republik ihren Krieg fortsetzt und der deutsche Staat die Kurdenverfolgung nicht beendet, ist das mehr als problematisch.

In der Praxis ist die Frage, ob das kurdische Volk Subjekt ist, beantwortet, wenn man den Volksbegriff so versteht, wie er von den Betroffenen gemeint ist. Die kurdischen Menschen sind lange Objekt gewesen, selbst unterdrückt, aber auch zur Unterdrückung anderer mißbraucht. Die durch den Kolonialismus unterdrückten und ausgebeuteten Klassen Kurdistan kämpfen für den Sturz der alten Ordnung, und durch diesen Kampf hören sie auf, Objekt zu sein. Es wird keine Lösung ohne sie geben. *sc*

* Die PKK hat ihr Programm in die deutsche Sprache übersetzt. Es ist u.a. abgedruckt in: „Die deutsche Türkeipolitik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan“, hrsg. von Rudolf Bürgel, GNN-Verlag, Stuttgart 1997

„... grenzt an eine Verhöhnung der Opfer

Bei der Bundestags-Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar wurden auch Teile des „*Requiem für einen polnischen Jungen*“ aufgeführt. Der Komponist Dietrich Lohff hat das Requiem dem Wehrmachtsoffizier Wilm Hosenfeld gewidmet, der einem polnischen Jungen, dem späteren Komponisten und Pianisten Wladyslaw Szpilman, das Leben rettete. Dessen Sohn Andreas Szpilman erhielt vom Deutschen Bundestag eine Einladung, in der ihm „angeboten“ wurde, „die Gedenkstunde von der Tribüne aus mitzuerleben. Sie wären herzlich willkommen, dabei zu sein; eine Absage würde schon wegen des weiten Weges natürlich auf volles Verständnis stoßen.“ Andreas Szpilman antwortete dem Präsidenten des Bundestages mit folgendem Brief:

„Sehr geehrter Herr Thierse, vielen Dank für Ihre Einladung zur Gedenkstunde im Deutschen Bundestag anlässlich des ‚Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus‘ am 27. Januar 1999.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird eine Komposition aufgeführt, die im Jahre 1997 von Dietrich Lohff komponiert wurde. In der Pressemitteilung des Deutschen Bundestags zu dieser Veranstaltung lese ich:

„Das Requiem entstand 1997 nach Texten von Opfern des Nationalsozialismus und ist dem Andenken Wilm Hosenfelds gewidmet. Der Wehrmachtsoffizier rettete Ende 1944 dem polnischen Pianisten und Komponisten Wladyslaw Szpilman sowie verfolgten Juden das Leben.“

Im Februar 1998 erschien im Econ Verlag das Buch: „Das wunderbare Überleben“ – Erinnerungen meines Vaters Wladyslaw Szpilmans aus der Zeit 1939 bis 1945 in Warschau. Darin berichtet er über das Warschauer Ghetto, über seinen Kampf ums Überleben, über den polnischen wie auch den jüdischen Widerstand, und über die Deportation und Ermordung unserer Familie. Nur durch die selbstlose Hilfe polnischer Freunde (für Polen stand die Todesstrafe für die gesamte Familie darauf, einen Juden zu verstecken oder zu helfen) und durch die anschließende Hilfe des deutschen Wehrmachtsoffiziers Wilm Hosenfeld, der meinen Vater Ende 1944 in einer verlassenen Wohnung fand und ihm zu einem Versteck verhalf, gelang es meinem Vater, als einzigem seiner Familie, zu überleben.

Herr Dietrich Lohff beschloß, was mich aufrichtig freut, unter dem Eindruck dieses Buches, nachträglich seine Komposition Herrn Wilm Hosenfeld zu widmen.

Ich begrüße es, wenn der Deutsche Bundestag diesem vergessenen Soldaten und tapferen Menschen die Ehre erweist,

das ihm gewidmete Werk im Deutschen Bundestag zu präsentieren. Nach meiner Meinung ist es, gerade für junge Menschen, wichtig zu sehen, daß im demokratischen Deutschland eines Menschen wie Wilm Hosenfeld gedacht wird. Schließlich zeigt ein solches Beispiel deutlich, daß man sich im Nationalsozialismus auch anders verhalten und daß man, auch auf seiten der Täter, versuchen konnte, anders als menschenverachtend und zerstörerisch zu handeln. Daher lenkt eine solche Ehrung die Aufmerksamkeit auch auf eine, für Deutsche komplizierte und schmerzhaft Seite der Täter, sowie auf den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Wie wichtig diese Frage ist, zeigte sich gerade deutlich an der sehr emotional geführten Debatte, die durch die Rede Martin Walsers zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgelöst wurde.

Ich möchte Sie aber dennoch daran erinnern, daß Herr Hosenfeld nicht zu den Opfern des Nationalsozialismus gehört. Es gibt keine Informationen darüber, daß er in irgendeiner Art und Weise vom NS-Regime verfolgt wurde. Die Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 27. Januar, am Tage der Befreiung des KZ Auschwitz, ist nun aber seit vier Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die zentrale Veranstaltung des ‚Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus‘. Die Ehrung eines deutschen Wehrmachtsoffiziers in diesem Rahmen trägt dazu bei, den Kern des Gedenkens so zu relativieren, daß die eigentliche Absicht verfehlt werden muß. So entsteht eine unerträgliche Nähe zwischen der Opfer- und Täterseite. Es ist aus meiner Sicht unsensibel und grenzt an eine Verhöhnung der Opfer. Ebenfalls halte ich es auch nicht für angebracht, einen Humanisten wie Wilm Hosenfeld in die Reihen der Opfer des Nationalsozialismus zu drängen. Aus seinen Tagebuchaufzeichnungen, die im Buch „Das wunderbare Überleben“ veröffentlicht wurden, geht hervor, daß er sich als tiefgläubiger Christ seiner Schuld und Mittäterschaft schmerzhaft bewußt war. Es befremdet mich, daß sich die Presseerklärung des Deutschen Bundestages zu der Veranstaltung am 27. Januar 1999 namentlich auf die Rettung meines Vaters stützt. Wladyslaw Szpilman, der bekannterweise in Warschau lebt, wurde bis heute nicht über seine indirekte Teilnahme an dieser Veranstaltung informiert.

Sehr geehrter Herr Thierse, es wird an diesem Tag auch an anderen Orten der Bundesrepublik an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. In Frankfurt/Oder liest um 19.30 Uhr die Übersetzerin Karin Wolff aus dem Buch meines Vaters. Bestimmt verstehen Sie, daß ich vorziehe, meinen Vater, der nach Frankfurt/Oder aus diesem Anlaß eingeladen wurde, zu begleiten und Ihrer Einladung nicht folgen möchte.“

(Der Brief ist dokumentiert aus: *Süddeutsche Zeitung*, 27.1., *Feuilleton*, S. 13)

Reformpolitik und Kapitalökonomie Aktuelle Sichten auf ein Problemfeld

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS, die aus dem Landesverband Bayern des Bundes Westdeutscher Kommunisten hervorgegangen ist, plant in diesem Jahr drei Samstags-Seminare aus dem Themenkreis der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zweck ist es, sich mit gängigen bzw. wirkungsmächtigen Theorien bekannt zu machen mit der Absicht, auszuloten, was authentische soziale Bewegungen im System machen können und auf welche Schranken sie stoßen. Wir wollen den Stoff in drei Themenkomplexe gliedern.

I. Wie entstehen sozialpolitische Forderungen?

Samstag, den 13. Februar, 9 Uhr bis 17 Uhr, in der Metzstraße 31, EG, Anmeldung auch über die Redaktion der Münchner Lokalberichte, Brigitte Wolf.

Klassifizierbare wirtschaftliche Interessen ergeben sich aus der Analyse des Gangs der kapitalistischen Wirtschaft. Aber die wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Forderungen, mit denen wir es in der Politik zu tun haben, entstehen spontan, aus Bedürfnissen des Alltags, aus der Lebensweise. Die tragende Funktion der Lebensweise für die Meinungsbildung ist in den letzten Jahrzehnten vielfältig untersucht worden, oft in direkter Polemik gegen die sozialistische Kapitalismuskritik. Das Werk des französischen Soziologen Pierre Bourdieu bietet Anhaltspunkte für das Verständnis der Beziehung von Klasseninteresse, Klassenbewußtsein und Lebensweise. Die Auseinandersetzung mit solchen Zusammenhängen ist aktuell. Die Regierung Schröder wurde vor allem wegen sozialpolitischen Interessen gewählt, aber ohne daß in der Wählerschaft ein Einvernehmen über die konkreten sozialpolitischen Reformschritte bestanden hätte. War es eine reine Anti-Kohl-Wahl? Oder besteht trotz der unübersichtlichen verwirrende Vielfalt der sozialpolitischen Einzelinteressen ein linkes Lager?

Vorgehensweise: Gemeinsame Lektüre, Klärung von Nachfragen und Diskussion von Problemen. Der Stoff wird auf vier Blöcke von ca. anderthalb Stunden verteilt. Voranmeldung ist sinnvoll, die Textmappe ist am Montag, 8. Februar, zwischen 17 und 19 Uhr bei der Redaktion der Münchner Lokalberichte erhältlich.

Textauszüge (Kopien sind zu haben): • „Verändernde Praxis“, Text: Karl Marx, Feuerbachthesen • „Sozialer Raum“ und „Sinus Milieus“, Text: Vester-Studie • „Wirtschaftliches, kulturelles und soziales Kapital“ Text: Bourdieu • „Geschmacksurteil“, Text: Kant, Kritik der Urteilskraft • „Strukturierende Struktur“ und „strukturierte Struktur“ aus Bourdieu, Die feinen Unterschiede.

In Vorbereitung:

II. Öffentliche Hand und Privatwirtschaft.
III. Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Basisbewegungen und ihre Chancen bzw. Grenzen im System. Auseinandersetzung mit Projekten und Programmen.

Autoren aus Ost und West ziehen im 50. Jahr der Gründung der BRD und der DDR Bilanz. Sie untersuchen den Entstehungsprozeß der beiden deutschen Staaten in seinen historischen und internationalen Zusammenhängen. Wirtschaft, Gewerkschaften und Sozialpolitik, politisches System und Rechtsordnung, Antifaschismus, die Lage der Frauen, Bildungswesen und Kultur, Gesundheitswesen und Sport, Außen- und Sicherheitspolitik, die politisch-militärische Integration der beiden deutschen Staaten, ihre Leistungen und Defizite werden im Vergleich der beiden so unterschiedlichen Gesellschaftssysteme analysiert. Erörtert werden die politische Wende in der DDR 1989/1990 und ihr Anschluß an die BRD mit seiner jahr-

zehntelangen Vorgeschichte und in seinen grundlegenden Aspekten, die Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in ganz Deutschland, die Situation ein knappes Jahrzehnt nach dem Ende der Zweistaatlichkeit, innen- und außenpolitische Faktoren, schließlich das Problem, wie sich die Kräfte für einen demokratischen Ausweg formieren könnten. Der Band stellt das gemeinsame Werk von Vertretern zahlreicher Fachdisziplinen, das Ergebnis eines partei- und organisationsübergreifenden Zusammenwirkens dar. Der Bogen dieses Buches ist weit gespannt. Es greift entschieden in Auseinandersetzungen am Ausgang unseres Jahrhunderts ein.

Aus der Verlagsankündigung

GEGEN DEN ZEITGEIST



Zwei
deutsche
Staaten
in der
Geschichte

Gegen den
Zeitgeist

Zwei deutsche
Staaten in der
Geschichte

Herausgeber:

Gerhard Fischer

Hans-Joachim
Krusch,

Hans Modrow,

Wolfgang Richter
und

Robert Steigerwald

492 S.

ISBN

3-932725-61-1

Preis: 29,80 DM

Herausgeber:
Gerhard Fischer,
Hans-Joachim Krusch,
Hans Modrow,
Wolfgang Richter und
Robert Steigerwald

GNN
Verlag

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosen-gruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

20. Februar: 13 Uhr: Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis „Kurdistan-Rundbrief“ in Köln, Jugendgästehaus. Nähere Infos bei GNN-Verlag Berlin.

20. Februar: Freiheit für Mumia Abu-Jamal. Bundesweite Demonstration in Hamburg.

27./28. Februar: Bundesweite Konferenz der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen in Oldenburg. Kontakt: The Voice (Africa Forum) Jena – Tel: 03641-449304 – Fax: 03641-420270

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P in Bremen

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

6. Juni 1999 Bürgerschaftswahl in Bremen

13. Juni Europawahlen, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

18./20. Juni: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

5. September: Landtagswahl in Brandenburg

12. September: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahlen in Thüringen

19. September: Landtagswahl in Sachsen

10. Oktober: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Herbst: Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart